

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte!

die Bewältigung der Pandemie steht weiterhin im Fokus Europas. Sie erfordert von uns den Einsatz aller Kräfte. Die Impfungen schreiten voran; noch immer aber sind die Inzidenzzahlen europaweit sehr hoch, ja zu hoch. Umso dringlicher ist jetzt die Aufgabe, die partnerschaftlichen Beziehungen zu unseren Nachbarländern nicht abbrechen zu lassen, im Gegenteil sie

nachhaltig zu stärken. Beispiel Tschechien: Gerade aufgrund des pandemiebedingt erforderlichen Grenzregimes war es mir wichtig, seit meinem Amtsantritt im Januar den engen Kontakt mit dem Außenministerium in Tschechien und dem tschechischen Generalkonsulat in München fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die Staatsregierung weiß: In der Not steht man zusammen und hat deshalb auch beschlossen 40.000 Schnelltests zur Bekämpfung der Pandemie im Grenzland



an Tschechien abzugeben. Denn klar ist: Gewachsene, vertrauensvolle Partnerschaften werden helfen, diese historische Ausnahmesituation und ihre Folgen zu bewältigen – das heißt: gemeinsam ist das Gebot der Stunde!

Nur gemeinsam gilt auch für ein anderes Politikfeld in Europa, für das die Europäische Kommission dieser Tage zwei wichtige neue Gesetzesinitiativen angekündigt hat. Im neuen Europabericht will ich daher meinen besonderen Blick auf den gemeinsamen Kampf gegen organisierte Kriminalität und Menschenhandel richten.

Da ist zum einen die EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. In dieser geht es vor allem darum, die Strafverfolgung und die justizielle Zusammenarbeit zu stärken, die Strukturen des organisierten Verbrechens und bestimmte Straftaten vorrangig zu bekämpfen, Erträge aus Straftaten einzuziehen und auf technologische Entwicklungen zeitgemäß zu reagieren. Zum anderen hat die Kommission am vergangenen Mittwoch die Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels vorgelegt. Diese zielt darauf ab, den Menschenhandel zu unterbinden, Schleuser zur Rechenschaft zu ziehen und Opfer zu stärken.

Warum ist eine strukturierte europäische Zusammenarbeit gerade auf diesen beiden Feldern – wie ich finde – so eminent wichtig?

Organisierte kriminelle Vereinigungen entwickeln sich ständig weiter. Sie passen sich schnell an neue Gegebenheiten wie beispielsweise die COVID-19-Pandemie an. Das zeigt beispielsweise die gestiegene Zahl an gefälschten Medizinprodukten und Online-Straftaten. Fakt ist: In Europa tätige organisierte kriminelle Vereinigungen sind an einer Vielzahl krimineller Aktivitäten beteiligt, im Besonderen am Drogenhandel, an organisierter Eigentumskriminalität und Betrug, an der Schleusung von Migranten und am Menschenhandel.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 07/2021 vom 16.04.2021



Eines dürfen wir nicht übersehen: Es sind in den letzten Jahren bei der Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels Fortschritte erzielt worden. Diese reichen aber nicht aus. Nach wie vor stellt der Menschenhandel in der EU ein schwerwiegendes Problem dar. Größtenteils sind die Opfer Frauen und Mädchen, die zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung verschleppt werden. Da der Menschenhandel oftmals mit organisierten kriminellen Vereinigungen im Zusammenhang steht, ist klar: Die Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels muss eng mit der EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verknüpft sein.

Weshalb sage ich Ihnen das? Kriminalität und Menschenhandel machen vor nationalen Grenzen nicht halt. Sie sind auch eine europäische Herausforderung. Der Schutz der Gesellschaft vor organisierter Kriminalität und die Bekämpfung des Menschenhandels sind deshalb völlig zurecht Prioritäten der neuen EU-Strategie für eine Sicherheitsunion. Nur über eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur wird eine effektive Strafverfolgung sowie -bekämpfung gelingen. Nur dann wird es gelingen, das entwürdigende und schlimme Geschäft des Menschenhandels zurückzudrängen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre unseres Europaberichts.

Ihre Melanie Huml



Editorial	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN	9
Portugiesische Ratspräsidentschaft	9
Iran: Rat überprüft EU-Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte	9
Institutionelles	9
Konferenz über die Zukunft Europas: Digitale Plattform ab 19.04.2021 geöffnet	9
Bessere Rechtsetzung: Ausschuss für Regulierungskontrolle veröffentlicht Jahresbericht 2020	10
Verwendung von EU-Mitteln: Leitfaden der Kommission zur Vermeidung von Interessenkonflikten	10
Personal: Deutsche Beamtin <i>Wörsdörfer</i> wird stellvertretende Generaldirektorin für Energie	10
Internationale Beziehungen	11
Brexit-Regeln: Großbritannien erreicht Fristverlängerung im Streit über Nordirland	11
Auswärtiges Handeln der EU I: Europäische Friedensfazilität mit 5 Mrd. € beschlossen	11
Auswärtiges Handeln der EU II: Ein Jahr Team Europe – bereits 26 Mrd. € der EU für die globale Bewältigung der Pandemie	11
Auswärtiges Handeln der EU III: Öffentliche Entwicklungshilfe im Jahr 2020 auf 66,8 Mrd. € aufgestockt	12
Verteidigung: USA stocken im Herbst ihre Truppen in Deutschland auf und wollen sich an PESCO beteiligen	12
Ratspräsident <i>Michel</i> sieht „positive Agenda auf dem Tisch“ im Verhältnis zur Türkei	13
Syrien-Konferenz: EU und UN mobilisieren weitere Unterstützung für syrische Bevölkerung	13
Region der Großen Seen in Afrika: EU stellt 54,5 Mio. € für humanitäre Hilfe bereit	13
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	15
Covid-19	15
Rat macht Weg für Trilog-Verhandlungen zum digitalen grünen Pass frei	15
Datenschutz	15
EU-Datenschutzbehörden nehmen zum Vorschlag eines digitalen grünen Zertifikats Stellung	15
EU und Korea schließen Angemessenheitsgespräche erfolgreich ab	16
Organisierte Kriminalität	16
Europol veröffentlicht Bericht zur Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität	16
Kommission legt Mitteilungen zu organisierter Kriminalität und Menschenhandel vor	17
EU-Außengrenzen	17
Kommission erlässt neue Vorschriften für das Europäische Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)	17



Asyl und Migration	18
EU-Spitzen beraten mit der Türkei über Migrationszusammenarbeit.....	18
LIBE-Ausschuss nimmt Berichtsentwurf zu legaler Migration an	18
EuGH urteilt zur Überprüfung einer Überstellungsentscheidung im Rahmen der Dublin-III-VO (nachträglich eingetretene Umstände).....	18
Sport.....	19
Erasmus+ Sport 2021: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen.....	19
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	20
Verkehrspolitik.....	20
Informeller EU-Verkehrsministerrat zur Stärkung des Schienenverkehrs	20
Schienerverkehr.....	20
Auftaktveranstaltung zum „Europäischen Jahr der Schiene 2021“	20
COVID-19	21
Kommission aktualisiert Überblick zu staatlichen Beihilfen für den Luft- und Seeverkehrssektor	21
Verkehrsinfrastruktur	21
EU-Exekutivagentur INEA wird zu CINEA	21
Straßenverkehr	21
Kommission führt Konsultation zur Fahrzeugsicherheit durch.....	21
Bauen und Wohnen	22
Kommission führt Konsultation zur Überarbeitung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie durch	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im vierten Quartal 2020 in der EU.....	22
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	23
Kommission erhebt gegen Polen wegen der Justizreform Klage vor dem EuGH.....	23
Europäische Staatsanwaltschaft: Europäische Generalstaatsanwältin schlägt 01.06.2021 als Arbeitsbeginn vor	23
Europäische Staatsanwaltschaft unterzeichnet Arbeitsvereinbarung mit Ungarn.....	24
Entwurf des Zweiten Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über Computerkriminalität veröffentlicht.....	24
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Anerkennung der Elternschaft	24
Kommission veröffentlicht Bericht zu Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in Strafverhandlungen ...	25



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	26
Forschung/Hochschulen.....	26
Erste Ausschreibungen des Europäischen Innovationsrates (EIC) veröffentlicht	26
123 Mio. € aus Horizont Europa für Coronaforschung bereitgestellt.....	26
Pilotinitiative des EIT zur Stärkung der unternehmerischen und innovativen Kapazität von Hochschuleinrichtungen gestartet.....	27
Design für 2-Euro-Münze anlässlich des Jubiläums von Erasmus ausgewählt	27
Kultur.....	27
21 Bewerbungen für das Europäische Kulturerbesiegel eingegangen	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE	29
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	29
Binnenmarktprogramm: Rat nimmt Standpunkt in erster Lesung an	29
Europäischer Innovationsrat: Kommission veröffentlicht erste Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen .	29
Bioökonomie: Strategische Vorausschau für das Jahr 2050	30
Konnektivitäts-Toolbox zum Ausbau von 5G- und Glasfasernetzen.....	30
Konsultation zur Überarbeitung der Fusionskontrollvorschriften	30
Konsultation zur Überarbeitung der Forschungsbeihilfen.....	31
Konsultation zu EU-weitem System für Sofortzahlungen	31
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung	31
EU-Kartellrecht: Förmliches Prüfverfahren zu mutmaßlich wettbewerbswidrigem Verhalten der Strombörse EPEX Spot	32
EU-Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme bestimmter Abfallbewirtschaftungsunternehmen von Suez durch die Schwarz-Gruppe unter Auflagen	32
EU-Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von OSRAM Continental durch Continental	32
Schlussanträge vor dem EuGH: Tochtergesellschaft kann für wettbewerbswidriges Verhalten der Muttergesellschaft haftbar gemacht werden.....	33
Europäischer Rechnungshof: Bericht zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	33
Außenwirtschaft.....	33
Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Europäisches Parlament nimmt Verordnung an.....	33
EU-Mercosur-Abkommen: Kommission veröffentlicht Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung.....	34
Konsultation zur Bewertung von Makrofinanzhilfen der EU an Nicht-EU-Partnerländer	34
Energie.....	34
Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff: Kommission startet Projektauftrag.....	34



Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden	35
Konsultation zur Überarbeitung der EU-Gasvorschriften	35
Konsultation zu Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse	35
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Beihilfe für Offshore-Windenergie in Deutschland	36
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	37
Umwelt	37
Konsultation zu Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse	37
Kommission leitet Konsultation zu technischen Vorschriften und Prüfverfahren für intelligente Geschwindigkeitsassistenten ein	37
Kommission leitet Konsultation zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ein	37
Kommission veröffentlicht Verordnungsentwurf zur Statistik über Pflanzenschutzmittel	38
EuGH-Urteil zur Zulässigkeit der Klage gegen EU-Klimapaket 2018	38
Europäisches Parlament nimmt Initiativbericht zur Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien an	39
Kommission veröffentlicht Leitlinien zum Umfang des Begriffs „Umweltschaden“	39
Verbraucherschutz	40
Kommission veröffentlicht Evaluierung der EU-Tierwohlstrategie	40
Kommission leitet Konsultation zur Liste der in der ökologischen Produktion zugelassenen Erzeugnisse und Stoffe ein	40
Kommission leitet Konsultationen zu Kennzeichnungsbestimmungen alkoholischer Getränke ein	41
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe ein	41
Bioökonomie: Strategische Vorausschau für das Jahr 2050	42
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Verbesserung des Kodex zur Bekämpfung von Desinformation	42
Kommission leitet Konsultation zu Sofortzahlungen ein	42
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	44
Gemeinsame Agrarpolitik: Super-Trilog	44
Kommission veröffentlicht Agrar-Handelsbericht 1 - 12/2020	44
„Short-term outlook“ auf landwirtschaftliche Märkte 2021	45
Kommission veröffentlicht öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Absatzförderungs politik	45
EU-Mercosur-Abkommen: Kommission veröffentlicht Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung	45
Bioökonomie: Strategische Vorausschau für das Jahr 2050	46
Konsultation zu Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse	46
Kommission veröffentlicht Verordnungsentwurf zur Statistik über Pflanzenschutzmittel	47
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe ein	47



Kommission leitet Konsultation zur Liste der in der ökologischen Produktion zugelassenen Erzeugnisse und Stoffe ein	47
Kommission veröffentlicht Evaluierung EU-Tierwohlstrategie	48
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	49
Keine Altersdiskriminierung: Griechische „Arbeitskräftereserve“ verstößt nicht gegen Unionsrecht	49
Kommission überweist weitere Milliarden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an Mitgliedstaaten	49
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	50
Coronavirus: Kommission informiert über neue Vereinbarungen mit BioNTech/Pfizer	50
Coronavirus: Rat macht Weg für Trilog-Verhandlungen zum digitalen grünen Pass frei	50
Coronavirus: Kommission schlägt Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie vor	51
Coronavirus: Austausch der EU-Gesundheitsminister zum Impfstoff von AstraZeneca	51
Coronavirus: 123 Mio. € aus Horizont Europa für Forschung bereitgestellt	51
Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) nimmt Arbeit auf	52
Coronavirus: Kommission startet öffentliche Konsultation zur neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA)	52
Coronavirus: Spitzenpolitiker sprechen sich für globales Pandemieübereinkommen aus	53
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung	53
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Revision der Richtlinie über Verbrauchssteuern auf Tabakwaren	54
Gesetzgebungsverfahren zum Programm „EU4Health“ ist abgeschlossen	54
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES.....	56
Binnenmarktausschuss fordert einheitlichen Rechtsrahmen für KI	56



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Iran: Rat überprüft EU-Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte

Der Rat hat am 12.04.2021 beschlossen, seine restriktiven Maßnahmen als Reaktion auf schwere Menschenrechtsverletzungen im Iran bis zum 13.04.2022 zu verlängern. Diese Maßnahmen umfassen u. a. ein Reiseverbot und das Einfrieren von Vermögenswerten. Darüber hinaus ist es Bürgern sowie Unternehmen der EU verboten, den gelisteten Personen und Organisationen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Rat hat außerdem acht Personen und drei Organisationen angesichts ihrer Rolle bei der gewaltsamen Reaktion auf die Demonstrationen im Iran vom November 2019 in die Sanktionsliste aufgenommen. In Teheran hieß es zu den Sanktionen, man werde die Kooperation mit der EU in mehreren Bereichen aussetzen. Das iranische Außenministerium erklärte, suspendiert werde der Dialog zu Menschenrechtsfragen, zu Anti-Terror-Maßnahmen, zur Bekämpfung des Drogenhandels und zu Flüchtlingsangelegenheiten.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben sich daneben in einer gemeinsamen Erklärung besorgt gezeigt über die iranische Ankündigung zur Anreicherung von Uran auf 60 %. Die Herstellung von hoch angereichertem Uran stelle einen wichtigen Schritt zur Produktion einer Nuklearwaffe dar. Der Iran habe keinen glaubwürdigen zivilen Bedarf für eine Anreicherung auf diesem Niveau. Die Regierungen in Berlin, Paris und London warnten den Iran davor, die in Wien laufenden Verhandlungen über eine Wiederbelebung des Atomabkommens zu erschweren.

[Pressemitteilung des Rates](#); [Bericht von Reuters](#)

INSTITUTIONELLES

Konferenz über die Zukunft Europas: Digitale Plattform ab 19.04.2021 geöffnet

Die mehrsprachige digitale Plattform zur Konferenz über die Zukunft Europas kann am 19.04.2021 starten. Der zuständige Ausschuss hat sie am 07.04.2021 genehmigt. Sie wird es den Bürgern ermöglichen, ihre Meinung zu allen Themen zu äußern, die sie für die Zukunft der EU für wichtig halten. Ein Feedback-Mechanismus wird die Ideen sammeln und analysieren, so dass sie auch in den europäischen Bürgerforen und auf den Plenarsitzungen der Konferenz berücksichtigt werden können. Die Plattform wird zudem Informationen über Struktur und Arbeit der Konferenz sowie Ressourcen für Organisatoren von Veranstaltungen bereitstellen.

Der Exekutivausschuss einigte sich auch auf seine Arbeitsmethoden und trieb die Vorbereitungen für die feierliche Eröffnungsveranstaltung am Europatag (09.05.) voran. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments diskutierten darüber hinaus am 13.04.2021 im Verfassungsausschuss zusammen mit *Dubravka Šuica*, Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie, den Stand der Organisation der Konferenz. Bürger, die an der digitalen Plattform der Konferenz teilnehmen wollen, müssten demnach eine Charta der EU-Werte und -Prinzipien unterschreiben, um Hassreden und Desinformation auf der Seite zu



vermeiden. Es solle auch ein Team von Moderatoren eingesetzt werden, das die Beiträge nicht zensiert, sondern sicherstellt, dass die Würde jedes Teilnehmers voll und ganz respektiert werde. sagte die Kommissarin und fügte hinzu, dass „jeder Beitrag, der nicht den Prinzipien der Charta entspricht, von der Plattform entfernt wird.“

[Pressemitteilung der Kommission](#); [Bericht des euobserver](#) (in englischer Sprache)

Bessere Rechtsetzung: Ausschuss für Regulierungskontrolle veröffentlicht Jahresbericht 2020

Der Ausschuss für Regulierungskontrolle soll als unabhängiges Gremium eine faktenbasierte kohärente Politik der Kommission gewährleisten. Im jetzt veröffentlichten Jahresbericht bewertet der Ausschuss das erste Jahr der *von der Leyen*-Kommission. Im Jahr 2020 prüfte der Ausschuss eine Vielzahl von Folgenabschätzungen, Evaluierungen und Eignungsprüfungen der wichtigsten Initiativen der Kommission, darunter auch den Europäischen Green Deal und die Digitale Agenda. Der Ausschuss hob hervor, dass bei der Bewertung dieser miteinander verknüpften Initiativen auf Kohärenz geachtet werden müsse. Der Jahresbericht des Ausschusses bietet einen Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres und bewertet aktuelle Trends und Praktiken im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung. Der Ausschuss selbst soll die Objektivität und Glaubwürdigkeit der faktengestützten Grundlage für die politischen Entscheidungen der Kommission gewährleisten.

[Jahresbericht des Ausschusses für Regulierungskontrolle](#)

Verwendung von EU-Mitteln: Leitfaden der Kommission zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Die Kommission hat am 07.04.2021 einen Leitfaden veröffentlicht, um Interessenkonflikte bei der Verwendung von EU-Mitteln sowohl innerhalb der EU-Institutionen als auch in den Mitgliedstaaten zu vermeiden. Die entsprechenden Regeln waren zuletzt 2018 verschärft worden, um die finanziellen Interessen der EU zu schützen. Sie gelten ausdrücklich auch für die Behörden der Mitgliedstaaten und jegliche Personen, die EU-Mittel im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung umsetzen.

[Leitlinien zur Vermeidung von und zum Umgang mit Interessenkonflikten](#)

Personal: Deutsche Beamtin *Wörsdörfer* wird stellvertretende Generaldirektorin für Energie

Die deutsche Kommissionsbeamtin *Mechthild Wörsdörfer* wurde am 14.04.2021 zur stellvertretenden Generaldirektorin der Generaldirektorin für Energie ernannt. Frau *Wörsdörfer* ist seit 26 Jahren für die Kommission tätig und hat ein breites Fachwissen im Bereich der Energie- und Klimapolitik sowie Verhandlungserfahrung. In ihrer neuen Rolle wird sie für die Koordinierung der Energiewende und internationale Beziehungen im Kontext des Europäischen Green Deals zuständig sein. Die Kommission ernannte zudem die spanische Beamtin *Maria Martin-Prat de Abreu* zur stellvertretenden Generaldirektorin in der Generaldirektion für Handel.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Brexit-Regeln: Großbritannien erreicht Fristverlängerung im Streit über Nordirland

Die britische Regierung hat im Fall des drohenden Rechtsstreits mit der EU über Brexit-Regeln für Nordirland eine Fristverlängerung erwirkt. Das bestätigte die britische Vertretung in Brüssel am 14.04.2021. Die Kommission hatte Mitte März rechtliche Schritte gegen Großbritannien eingeleitet, weil die Regierung in London einseitig Brexit-Übergangsregelungen für Warenkontrollen zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs verlängert hatte. Auf eine förmliche Mitteilung der EU werde man nun bis Mitte Mai reagieren, sagte eine Sprecherin der britischen Regierung.

[Pressemitteilung von Wallstreet-Online](#)

Auswärtiges Handeln der EU I: Europäische Friedensfazilität mit 5 Mrd. € beschlossen

Am 22.03.2021 hat der Rat die Europäischen Friedensfazilität (EFF) beschlossen. Diese soll alle außenpolitischen Maßnahmen der EU, die militärische oder verteidigungspolitische Bezüge im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) haben, finanzieren. Damit soll die Fähigkeit der EU zur Konfliktverhütung, zur Friedenserhaltung und zur Stärkung der internationalen Stabilität und Sicherheit gestärkt werden. Die EFF ist ein außerbudgetärer Fonds mit rund 5 Mrd. € für den Zeitraum 2021 - 2027. Bei einem „Off-Budget-Instrument“ zahlen die Mitgliedstaaten ihre Beiträge jedes Jahr direkt und nicht als Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU. Seit dem Jahr 2004 wird die Beteiligung der EU an militärischen Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) über den [ATHENA-Mechanismus](#) finanziert. Dieser sowie die [Afrikanische Friedensfazilität](#) werden nun durch die EFF ersetzt.

[Pressemitteilung des Rats](#) (in englischer Sprache)

Auswärtiges Handeln der EU II: Ein Jahr Team Europe – bereits 26 Mrd. € der EU für die globale Bewältigung der Pandemie

Vor einem Jahr, am 08.04.2020, bündelte die EU ihr auswärtiges Handeln im globalen Kampf gegen COVID-19 im „[Team Europe](#)“-Ansatz. Dieser wird von den EU-27 Mitgliedstaaten sowie u. a. der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung finanziert. Insgesamt umfasst das Budget derzeit bis zu 40 Mrd. €. Bereits im Jahr 2020 wurden hiervon 65 % bzw. 26 Mrd. € verausgabt. Schwerpunkt waren 1) Soforthilfe und Deckung des unmittelbaren humanitären Bedarfs, 2) Stärkung der Gesundheitssysteme sowie der Wasser-, Sanitär- und Nahrungsversorgung und 3) Abschwächung der sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie. Durch das Paket konnte die EU bisher mehr als 130 Staaten helfen, sei es in Afrika, Asien, Südamerika oder in der europäischen Nachbarschaft. Zusätzlich ist die EU mit dem



„Team Europe“ und über 2,2 Mrd. € einer der führenden Geber von COVAX, der globalen Initiative für Impfstoffe für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Auswärtiges Handeln der EU III: Öffentliche Entwicklungshilfe im Jahr 2020 auf 66,8 Mrd. € aufgestockt

Am 13.04.2021 hat der Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die vorläufigen Zahlen der öffentlichen Entwicklungshilfe für das Jahr 2020 veröffentlicht. Demnach haben die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten ihre öffentliche Entwicklungshilfe deutlich auf 66,8 Mrd. € erhöht. Dies entspricht einem Plus von gut 15 %. Gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE) sind dies 0,5 %. Im Vorjahr (2019) waren es noch bei 0,41 %. Damit ist ein großer Schritt in Richtung des 0,7 % Ziels bis zum Jahr 2030 getan. Weltweit ist die EU samt ihren Mitgliedstaaten mit einem Anteil von 46 % größter Geber öffentlicher Entwicklungshilfe.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Verteidigung: USA stocken im Herbst ihre Truppen in Deutschland auf und wollen sich an PESCO beteiligen

Im Rahmen seines Antrittsbesuchs am 13.04.2021 in Deutschland verkündete der neue US-Verteidigungsminister *Lloyd Austin*, dass die USA im Herbst ihre Truppen in Deutschland um 500 Soldaten aufstocken werden und damit eine Kehrtwende vollziehen. „Diese Truppen werden die Abschreckung und Verteidigung in Europa stärken“, sagte er. Die Entscheidung sei eine Botschaft an die NATO und ein Zeichen der Wertschätzung an den Bündnispartner Deutschland. Der abgewählte US-Präsident *Donald Trump* wollte noch im vergangenen Sommer 12.000 von knapp 35.000 US-Soldaten aus Deutschland abziehen. *Trumps* Nachfolger *Joe Biden* stoppte den Truppenabzug bereits kurz nach seiner Vereidigung im Januar. Dass nun zusätzliche Truppen nach Deutschland geschickt werden, ist eine große Überraschung, mit der die Pläne *Trumps* ins Gegenteil umgekehrt werden. Deutschland bleibt damit zunächst der zweitgrößte US-Truppenstandort im Ausland nach Japan. *Austin* schlug auch beim Thema Verteidigungsausgaben einen völlig anderen Ton als die Vorgängerregierung an und bedankte sich für die Fortschritte, die Deutschland gemacht hat. Die USA wollen sich auch an der europäischen Verteidigungsinitiative PESCO beteiligen. Washington habe offiziell die Teilnahme an einem Projekt zur besseren Mobilität von militärischem Personal und Material innerhalb der EU beantragt, bestätigte Pentagon-Sprecherin *Jessica Maxwell* bereits am 02.03.2021.

[Bericht in ZEIT-ONLINE](#); [Bericht in der Neuen Züricher Zeitung](#)



Ratspräsident *Michel* sieht „positive Agenda auf dem Tisch“ im Verhältnis zur Türkei

Im Anschluss an das Treffen von Ratspräsident *Michel* und Kommissionspräsidentin *von der Leyen* mit dem türkischen Präsidenten *Erdoğan* in Ankara am 06.04.2021 äußerte *Michel*, es liege „eine positive Agenda auf dem Tisch“. Anlass des Besuchs war das Bestreben der EU, auf dem Boden der Beschlüsse des Europäischen Rates vom 25.03.2021 mit der Türkei wieder ins Gespräch zu kommen betreffend Migrations- und Zollfragen. Die Türkei möchte landwirtschaftliche Güter und Dienstleistungen in die Zollunion von 1996 aufnehmen, die EU möchte den Flüchtlingspakt – gegen Geldzahlungen – verlängern. Im Zuge des Besuchs kritisierte *von der Leyen* den am 20.03.2021 verkündeten Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die Inhalte des Treffens gerieten durch die sogenannte „Sofagate“-Affäre in den Hintergrund: Das türkische Protokoll hatte *Michel* neben *Erdoğan* in einen Sessel vor den Flaggen platziert, während *von der Leyen* deutlich abseits auf einem Sofa gegenüber dem türkischen Außenminister Platz nehmen musste. Ob die Gründe hierfür auf türkischer und/oder auf Seite des Protokollteams von *Michel* zu suchen sind, ist derzeit noch unklar.

[Artikel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung"](#)

Syrien-Konferenz: EU und UN mobilisieren weitere Unterstützung für syrische Bevölkerung

Bei der fünften Brüsseler Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region, die am 29./30.03.2021 unter dem gemeinsamen Vorsitz der Europäischen Union und der Vereinten Nationen (UN) stattfand, hat die internationale Gemeinschaft 5,3 Mrd. € zugesagt. Mit den Mitteln werden im Jahr 2021 und darüber hinaus Syrien und die Nachbarländer, die Flüchtlinge von dort aufgenommen haben, unterstützt. Von diesem Betrag wurden 3,7 Mrd. € von der EU zugesichert: 1,12 Mrd. € vonseiten der Kommission und 2,6 Mrd. € von den EU-Mitgliedstaaten. Insgesamt bleibt die EU die wichtigste Geberin: Seit Beginn der Syrien-Krise im Jahr 2011 hat sie, um deren Folgen einzudämmen, 24,9 Mrd. € für humanitäre Hilfe sowie zur Förderung der Stabilisierung und Resilienz mobilisiert.

[Website der Konferenz](#) (in englischer Sprache)

Region der Großen Seen in Afrika: EU stellt 54,5 Mio. € für humanitäre Hilfe bereit

Am 13.04.2021 kündigte der EU-Kommissar für Krisenmanagement, *Janez Lenarčič*, ein humanitäres Hilfspaket in Höhe von 54,5 Mio. € an. Diese lebensrettende Unterstützung wird den Bevölkerungsgruppen in der Region der Großen Seen zugutekommen, die am stärksten von menschengemachten Katastrophen, Naturkatastrophen, Epidemien und Vertreibung betroffen sind. Mehr als 80 % (44 Mio. €) werden in humanitäre Hilfe in der Demokratischen Republik Kongo fließen. 4,5 Mio. € davon werden für Bildung in Notsituationen bereitgestellt und 1,5 Mio. € für Katastrophenvorsorge. 1,5 Mio. € sind für die Katastrophenvorsorge in der Republik Kongo bestimmt. 9 Mio. € sind für Burundi und die regionale Unterstützung für burundische Flüchtlinge vorgesehen, davon jeweils 1 Mio. € für Katastrophenvorsorge und für Bildung in Notsituationen. Die Region der



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 07/2021 vom 16.04.2021



Großen Seen in Afrika ist nicht nur von COVID-19 betroffen, sondern zugleich von Ebola-Ausbrüchen, Cholera und Masern. Hinzu kommen anhaltende Konflikte, Flucht und Vertreibung. Die Hilfe der EU soll daher für Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung und Schutz sorgen, Notfall- und Katastrophenvorsorge verbessern und den Zugang der Vertriebenen zur Bildung verbessern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Rat macht Weg für Trilog-Verhandlungen zum digitalen grünen Pass frei

Zum Legislativvorschlag der Kommission vom 17.03.2021 für ein digitales grünes Zertifikat zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit (EB 06/2021) einigten sich die EU-Botschafter am 14.04.2021 auf ein Verhandlungsmandat, um die Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) beginnen zu können, das seine Position allerdings noch festlegen muss (voraussichtlich im Rahmen der Plenartagung vom 26.04.2021 - 29.04.2021). Das Verhandlungsmandat des Rats enthält u. a. die Klarstellung, dass das digitale grüne Zertifikat keine Vorbedingung für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit sein soll. Außerdem wurden die Datenschutzbestimmungen – auf der Grundlage der gemeinsamen Stellungnahme der EU-Datenschutzbehörden (siehe hierzu gesonderter Beitrag in diesem EB) – gestärkt. Das Verhandlungsmandat enthält eine Übergangsbestimmung, die sicherstellen soll, dass die Mitgliedstaaten während eines sechswöchigen Zeitraums nach Inkrafttreten der Verordnung die derzeit bestehenden Systeme weiter nutzen können (Siehe hierzu auch den Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rats vom 14.04.2021](#) (in englischer Sprache)

DATENSCHUTZ

EU-Datenschutzbehörden nehmen zum Vorschlag eines digitalen grünen Zertifikats Stellung

Zum Legislativvorschlag der Kommission vom 17.03.2021 für ein Digitales Grünes Zertifikat zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit (EB 06/2021) nahmen am 06.04.2021 der Europäische Datenschutzausschuss und der Europäische Datenschutzbeauftragte gemeinsam Stellung. Demnach müssten die Ko-Gesetzgeber sicherstellen, dass das Digitale Grüne Zertifikat vollständig mit der DSGVO im Einklang steht. Der Vorschlag dürfe keinesfalls zur Schaffung einer zentralen Datenbank für personenbezogene Daten auf EU-Ebene führen. Personenbezogene Daten dürften nicht länger als unbedingt notwendig verarbeitet werden. Die Anwendung der vorgeschlagenen Verordnung müsse zeitlich strikt auf die Covid-19-Krise beschränkt sein. Die Kommission habe nicht ausreichend begründet, welche Art von Daten in die Zertifikate aufgenommen werden sollen, sodass nicht klar sei, ob all die vorgesehenen Daten tatsächlich notwendig seien. In einer gemeinsamen Aussprache mit dem LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 13.04.2021 betonte EU-Kommissar *Reynders*, der Verordnungsvorschlag sehe unter Achtung des Grundsatzes der Datenminimierung nur die Erhebung eines eingeschränkten Datensatzes vor und personenbezogene Daten würden nicht länger als notwendig gespeichert.

[Pressemitteilung vom 06.04.2021](#) (in englischer Sprache)

[Gemeinsame Stellungnahme zum Digital Green Certificate](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP vom 13.04.2021](#)



EU und Korea schließen Angemessenheitsgespräche erfolgreich ab

In einem Telefonat zwischen EU-Kommissar *Reynders* und dem Vorsitzenden der Kommission für den Schutz personenbezogener Daten der Republik Korea, *Yoon Jong In*, begrüßten beide Parteien am 30.03.2021 den erfolgreichen Abschluss der Angemessenheitsgespräche zwischen der EU und der Republik Korea, die das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen der EU und der Republik Korea im Bereich des Datenschutzes bestätigten. Ein wichtiger Schritt in den Angemessenheitsgesprächen war die jüngste Reform des „Personal Information Protection Act“ (PIPA) der Republik Korea, die im August 2020 in Kraft trat. Die Kommission wird nun das Beschlussfassungsverfahren einleiten, damit der Angemessenheitsbeschluss so schnell wie möglich in den kommenden Monaten angenommen werden kann.

[Gemeinsame Erklärung vom 30.03.2021](#) (in englischer Sprache)

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Europol veröffentlicht Bericht zur Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität

Europol hat am 12.04.2021 in einer Online-Veranstaltung mit Europol-Exekutivdirektorin *De Bolle*, EU-Kommissarin *Johansson*, dem portugiesischen Innenminister *Cabrita* und der portugiesischen Justizministerin *Van Dunem* den – alle vier Jahre erscheinenden – „Serious and Organised Crime Threat Assessment“ (SOCTA) 2021, den Bericht zur Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren organisierten Kriminalität in der EU, veröffentlicht. Wesentliche Ergebnisse sind u. a.:

- Der Einsatz von Gewalt hat zugenommen. Rund 60 % der kriminellen Netzwerke wenden Gewalt als Teil ihrer kriminellen Machenschaften an.
- Korruption ist ein wesentlicher Bestandteil der meisten, wenn nicht aller kriminellen Aktivitäten. Sie findet auf allen gesellschaftlichen Ebenen statt. 60 % der kriminellen Gruppen sind in Korruption involviert.
- Ausmaß und Komplexität von Geldwäsche wurde bislang unterschätzt. Professionelle Geldwäscher haben Parallelstrukturen aufgebaut, die sich jeglichem Aufsichtsmechanismus entziehen.
- Legale Unternehmensformen werden ausgenutzt. Über 80 % der kriminellen Netzwerke greifen für kriminelle Aktivitäten auf legale Unternehmensstrukturen zurück.
- Der Handel mit illegalen Drogen dominiert weiterhin die organisierte Kriminalität. Fast 40 % der kriminellen Gruppierungen sind in Drogenhandel involviert. Hier findet ein Großteil der Gewalt statt.

Der Bericht wurde zwei Tage vor der Vorlage zweier Mitteilungen der Kommission – einer neuen EU-Agenda zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und einer neuen EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels – veröffentlicht (siehe hierzu gesonderter Beitrag in diesem EB).



[Serious and Organised Crime Threat Assessment \(SOCTA\) 2021](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Mitteilungen zu organisierter Kriminalität und Menschenhandel vor

Am 14.04.2021 veröffentlichte die Kommission unter Federführung der EU-Kommissare *Johansson* und *Schinas* eine Mitteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und eine Mitteilung zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Als übergeordneter Rahmen definiert die EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität vier prioritäre Handlungsfelder:

1. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden, u. a. durch eine Stärkung von EMPACT und ein EU-Kooperationsabkommen mit Interpol,
2. die vorrangige Bekämpfung bestimmter Straftaten wie Cyberkriminalität und sexueller Kindesmissbrauch,
3. die Einziehung von Erträgen aus Straftaten, u. a. durch Überarbeitung der EU-Vorschriften zu Geldwäsche- und Korruptionsbekämpfung, sowie
4. die angemessene Reaktion auf technologische Entwicklungen. Hierzu kündigte die Kommission an, mögliche Ansätze für eine unionsrechtskonforme Vorratsdatenspeicherung und für den Zugang von Strafverfolgungsbehörden zu verschlüsselten Informationen vorzulegen.

Vor dem Hintergrund der besonderen Schwere des Verbrechens legte die Kommission gleichzeitig – als prioritär zu bekämpfende Form der organisierten Kriminalität – eine neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels vor.

[Pressemitteilung der Kommission vom 14.04.2021 \(organisierte Kriminalität\)](#)

[EU Strategy to tackle Organised Crime 2021 - 2025](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission vom 14.04.2021 \(Menschenhandel\)](#)

[EU Strategy on Combatting Trafficking in Human Beings 2021 - 2025](#) (in englischer Sprache)

EU-AUßENGRENZEN

Kommission erlässt neue Vorschriften für das Europäische Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)

Die Kommission nahm am 09.04.2021 neue Vorschriften zur Modernisierung des Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR), dem Rahmen für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und Frontex, an. Künftig müssen die Mitgliedstaaten auch Such- und Rettungseinsätze melden. Die neuen Regeln sehen zudem strengere Sicherheits- und Datenschutzbestimmungen vor und gelten ab dem 02.05.2021. EUROSUR liefert Grenzschutz, Küstenwache, Polizei, Zoll und Marine ein aktuelles und umfassendes Bild der Situation an den EU-Außengrenzen.



[Durchführungsverordnung vom 09.04.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission vom 09.04.2021](#)

ASYL UND MIGRATION

EU-Spitzen beraten mit der Türkei über Migrationszusammenarbeit

Im Nachgang zur vergangenen Sitzung des Europäischen Rats am 25.03.2021 trafen sich am 06.04.2021 EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* und EU-Ratspräsident *Michel* mit dem türkischen Präsidenten *Erdoğan*. Vier Bereiche wurden diskutiert, in denen die EU und die Türkei von einer verstärkten Zusammenarbeit profitieren würden, darunter Migration. So habe die EU-Türkei-Erklärung aus dem Jahr 2016 zu positiven Ergebnissen geführt. Die EU erwarte aber von der Türkei, Zusagen einzuhalten, irreguläre Ausreisen zu verhindern und die Rückführung von Flüchtlingen von den griechischen Inseln unverzüglich wieder aufzunehmen. EU-seits werde man auch weiterhin die Flüchtlinge und deren Aufnahmegemeinschaften unterstützen. Künftig sollten mit den Finanzmitteln der EU in stärkerem Maße Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass die Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Die Kommission werde in Kürze einen Vorschlag für die Finanzierung der syrischen Flüchtlinge in der Türkei, in Jordanien und im Libanon vorlegen.

[Pressestatement Kommissionspräsidentin *von der Leyen*](#)

[Pressestatement EU-Ratspräsident *Charles Michel*](#) (in englischer Sprache)

LIBE-Ausschuss nimmt Berichtsentwurf zu legaler Migration an

Der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) nahm am 13.04.2021 mehrheitlich einen Berichtsentwurf zu legaler Migration an. Darin wird u. a. beklagt, legale Migration sei kaum noch Teil der europäischen Migrationspolitik und der Vorschlag der Kommission für ein neues Asyl- und Migrationspaket vom 23.09.2020 enthalte diesbezüglich keine konkreten Vorschläge. Die bestehende Gesetzgebung müsse erweitert werden, da sie derzeit hauptsächlich die Beschäftigung in hochqualifizierten Sektoren abdecke. Die Abgeordneten schlagen vor, einen Talentpool und eine „Matching-Plattform“ zu entwickeln, die als zentrale Anlaufstelle für Arbeitnehmer aus Drittländern, EU-Arbeitgeber und nationale Verwaltungen dienen solle. Das Plenum des EP wird voraussichtlich in der Plenarsitzung vom 17.05.2021 - 20.05.2021 über den Berichtsentwurf abstimmen.

[Pressemitteilung des EP vom 13.04.2021](#) (in englischer Sprache)

EuGH urteilt zur Überprüfung einer Überstellungsentscheidung im Rahmen der Dublin-III-VO (nachträglich eingetretene Umstände)

Am 15.04.2021 erließ der EuGH in der Rechtssache C-194/19 zur Überprüfung einer Überstellungsentscheidung im Rahmen der Dublin-III-Verordnung das Urteil. Dem liegt der Sachverhalt eines



Asylbewerbers zugrunde, der sich gegen die Entscheidung der belgischen Behörden wehrte, mit der seine Überstellung nach Spanien – nach der Dublin-III-VO für die Antragsprüfung zuständig – angeordnet worden war. Aufgrund der nach der Überstellungsentscheidung erfolgten Einreise des Bruders nach Belgien, dessen dortiger Asylbeantragung und des engen Zusammenhangs der Umstände der Verfolgung, denen sein Bruder und er ausgesetzt gewesen seien, seien die beiden Asylanträge von den belgischen Behörden zusammen zu prüfen gewesen, so der Betroffene. Der EuGH entschied, dass ein Asylbewerber Umstände, die nach dem Erlass einer Überstellungsentscheidung eingetreten sind, gegen die er Klage erhebt, geltend machen können muss. Unionsrecht stehe nationalen Rechtsvorschriften entgegen, die vorsehen, dass das mit einer Nichtigkeitsklage gegen eine Überstellungsentscheidung befasste Gericht nachträglich eingetretene Umstände nicht berücksichtigen darf.

[Pressemitteilung des EuGH vom 15.04.2021](#)

SPORT

Erasmus+ Sport 2021: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Am 25.03.2021 veröffentlichte die Kommission die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Erasmus+-Programm 2021. Für das Jahr 2021 sind für dessen Bereich „Sport“ 41,7 Mio. € vorgesehen. Die Frist für die Einreichung von Projektanträgen endet am 20.05.2021. Drei Arten von Aktivitäten können in der Ausschreibung 2021 im Sportbereich finanziert werden:

1. Kleinere Partnerschaften, wobei lediglich zwei statt bisher drei Organisationen aus zwei verschiedenen Programmländern benötigt werden;
2. Kooperationspartnerschaften (mindestens drei Organisationen aus drei verschiedenen Programmländern);
3. Gemeinnützige europäische Sportveranstaltungen.

[Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2021 vom 25.03.2021](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

VERKEHRSPOLITIK

Informeller EU-Verkehrsministerrat zur Stärkung des Schienenverkehrs

Am 30.03.2021 kamen die EU-Verkehrsministerinnen und -minister zu einer informellen Videokonferenz zum Thema „Verlagerung auf die Schiene – verschiedene Wege zu einem gemeinsamen Ziel“ zusammen, um die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Modernisierung des Schienenverkehrs zur Erreichung der EU-Klimaziele zu erörtern. Dabei wurden u. a. die Rolle der Bahn für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene, der weitere Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) sowie die Vollendung des einheitlichen europäischen Eisenbahnraums diskutiert. Der EU-Verkehrsministerrat stimmte überein, dass insbesondere mehr Güterverkehr auf die Schiene in den nächsten Jahren verlagert werden solle. Der Rat möchte damit auch zum „Europäischen Jahr der Schiene 2021“ beitragen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

[Positionspapier zum Schienengüterverkehr](#) (in englischer Sprache)

[Terminhinweis des Rates](#) (in englischer Sprache)

SCHIENENVERKEHR

Auftaktveranstaltung zum „Europäischen Jahr der Schiene 2021“

Am 29.03.2021 fand die von der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft und der Kommission organisierte virtuelle Auftaktveranstaltung zum „Europäischen Jahr der Schiene 2021“ statt. Die traditionellen Verkehrstage („TEN-T-Days“) wurden pandemiebedingt auch in diesem Jahr abgesagt. Die Ratspräsidentschaft hob hervor, dass insbesondere mangelnde Investitionen der Hauptgrund für die Stagnation beim Schienengüterverkehr seien. Gleichzeitig betonten die Teilnehmer die Bedeutung der Schiene für eine erfolgreiche Umsetzung der EU-Klimaziele und bei der Transformation hin zu einem nachhaltigen und digitalen Verkehrssystem. Dabei spiele laut Kommission eine Verbesserung der Interoperabilität der Systeme eine wichtige Rolle. Daneben werde der Zug „Connecting Europe Express“ im September 2021 von Lissabon aus starten, und 40 Städte in der EU für die Durchführung von Veranstaltungen zur Stärkung des Schienenverkehrs anfahren. Die Reise soll mit Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs im ersten Halbjahr 2022 in Paris enden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen zum „Connecting Europe Express“](#) (in englischer Sprache)



COVID-19

Kommission aktualisiert Überblick zu staatlichen Beihilfen für den Luft- und Seeverkehrssektor

Am 25.03.2021 hat die Kommission einen aktualisierten Überblick über die Regeln für staatliche Beihilfen und gemeinschaftliche Verpflichtungen (PSO) für den Luft- und Seeverkehrssektor während der COVID-19-Pandemie veröffentlicht. Hierunter fallen u. a. der Betrieb von Sonderflügen für die Rückführung von Staatsangehörigen oder die Aufrechterhaltung des Luft- bzw. Seeverkehrs aus allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Bei mehreren beauftragten Unternehmen, z. B. Häfen und Verkehrsunternehmen, muss der Kostenausgleich in nichtdiskriminierender Weise berechnet werden. Die Übersichten werden regelmäßig aktualisiert.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht zum Luftverkehrssektor](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht zum Seeverkehrssektor](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

EU-Exekutivagentur INEA wird zu CINEA

Am 01.04.2021 wurde die Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) durch die EU-Agentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) ersetzt. CINEA wird sich mit einem Budget von 52 Mrd. € und mehr als 500 Mitarbeitern mit der Umsetzung des Europäischen „Green Deals“ in der Förderperiode 2021 - 2027 beschäftigen. Die Agentur wird weiterhin das EU-Förderprogramm „Europa verbinden“ (CEF 2.0) zu Verkehr, Telekommunikation und Energie abwickeln. Zudem werden Projekte unter „Horizont Europa“ zur Dekarbonisierung des Verkehrs und zur Nachhaltigkeit des Verkehrs- und Energiesektors gefördert. Zusätzliche Mittel stehen aus dem Europäischen „Innovationsfonds“, dem LIFE-Programm zur Förderung von Umweltmaßnahmen und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) zur Verfügung. Darüber hinaus wird die Agentur für den Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien sowie den Mechanismus für einen gerechten Übergang (JTM) für Regionen mit hohen Anpassungskosten für die Erreichung der EU-Klimaziele verantwortlich sein.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Kommission führt Konsultation zur Fahrzeugsicherheit durch

Bis zum 28.04.2021 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen durch. Bereits im März 2021 hatte die Kommission eine Befragung hierzu durchgeführt (EB 04/21). Ziel ist es, die Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Zulassung von Fahrzeugen, die mit fortschrittlichen



Sicherheitsmerkmalen ausgestattet sind, festzulegen. Alle ab Mai 2022 verkauften Neufahrzeuge müssen über fortschrittliche Sicherheitsmerkmale verfügen, wie Fahrerassistenzsysteme, Notbremslichter, Rückfahrkamera und Alkohol-Wegfahrsperrung. Eine Annahme durch die Kommission ist für viertes Quartal 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2019/2144](#)

BAUEN UND WOHNEN

Kommission führt Konsultation zur Überarbeitung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie durch

Bis zum 22.06.2021 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden durch. Bereits im März 2021 hatte die Kommission eine Befragung zum Fahrplan durchgeführt (EB 04/21). Ziel ist es, die Richtlinie auf ihre Zweckmäßigkeit bei der Umsetzung der „Renovierungswelle“ hin zu überprüfen. Diese sieht eine Verdoppelung der jährlichen Renovierungsquote bis 2030 vor. Die Überarbeitung soll sich auf die zentralen Bestimmungen zur Förderung der Gebäuderenovierung fokussieren. Laut Fahrplan soll der Richtlinienvorschlag im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 2010/31/EU](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im vierten Quartal 2020 in der EU

Am 08.04.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das vierte Quartal 2020 veröffentlicht (EB 02/21). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem vierten Quartal 2019 um +5,7 %. Hierbei handelt es sich um die höchste jährliche Zunahme seit dem vierten Quartal 2006. Die größten jährlichen Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Luxemburg (+16,7 %), Dänemark (+9,8 %) und Litauen (+9,4 %). In Deutschland stiegen die Hauspreise um +8,1 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Kommission erhebt gegen Polen wegen der Justizreform Klage vor dem EuGH

Am 31.03.2021 erhob die Kommission Klage vor dem EuGH gegen Polen wegen des seit Februar 2020 in Kraft getretenen polnischen Justizgesetzes. Die Klage wird beim EuGH unter dem Az. C-204/21 geführt. Dies ist der nächste Schritt in dem Ende April 2020 eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren. Nach Auffassung der Kommission untergrabe das polnische Justizgesetz die Unabhängigkeit der polnischen Richterinnen und Richter und ist nicht mit dem Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts vereinbar. Zudem hindere das Gesetz polnische Gerichte daran, Vorschriften des EU-Rechts zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz anzuwenden und dem EuGH Vorabentscheidungsersuchen dazu vorzulegen. Große Bedenken rufen zudem die Entscheidungen der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts hervor. Diese hätte bereits im April 2020 nach einer einstweiligen Anordnung des EuGH ihre Tätigkeit aussetzen müssen (Rechtssache C-791/19, EB 07/20). Sie trifft jedoch weitere Entscheidungen, die sich direkt auf die Berufsausübung von Richterinnen und Richtern auswirken, etwa auf ihre Immunität. Die Kommission ersuchte den EuGH zudem um den Erlass von einstweiligen Maßnahmen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 31.03.2021](#)

[Zum Verfahren vor dem EuGH \(Rs. C-204/21\)](#)

Europäische Staatsanwaltschaft: Europäische Generalstaatsanwältin schlägt 01.06.2021 als Arbeitsbeginn vor

In einem Schreiben an die Kommissare *Didier Reynders* (Justiz) und *Johannes Hahn* (Haushalt und Verwaltung) vom 07.04.2021 schlug die Europäische Generalstaatsanwältin *Laura Kövesi* als Starttermin für die operative Tätigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) den 01.06.2021 vor. Das Fallverwaltungssystem sei einsatzbereit, Arbeitsvereinbarungen mit einschlägigen Partnern seien angenommen oder befänden sich in der Abschlussphase. In insgesamt zehn (von 22) teilnehmenden Mitgliedstaaten seien Europäische Delegierte Staatsanwälte ernannt worden, darunter auch Deutschland. Die übrigen Ernennungsverfahren befänden sich „im Gange“. Eine Entscheidung der Kommission steht noch aus. Nach Art. 120 Abs. 2 EUSTa-Verordnung (Verordnung (EU) 2017/1939) bedarf es für die Aufnahme der Ermittlungs- und Strafverfolgungsaufgaben der EUSTa eines Beschlusses der Kommission, der auf Vorschlag der Europäischen Generalstaatsanwältin erfolgt.

[Zur Pressemitteilung der EUSTa](#) (in englischer Sprache)

[Überblick über die Ernennung der Europäischen Delegierten Staatsanwälte](#) (in englischer Sprache)



Europäische Staatsanwaltschaft unterzeichnet Arbeitsvereinbarung mit Ungarn

Am 09.04.2021 erklärte die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSa), dass sie mit Ungarn eine Arbeitsvereinbarung unterzeichnet habe. Derzeit beteiligen sich 22 EU-Mitgliedstaaten an der EUSa, Ungarn ist nicht darunter. Die Arbeitsvereinbarung dient der Vereinfachung der operativen Zusammenarbeit und des Austausches von strategischen Informationen. So kann die EUSa zur Erleichterung der Zusammenarbeit eine Kontaktstelle in der Generalstaatsanwaltschaft Ungarns benennen und Ungarn Verbindungsbeamte nach Luxemburg entsenden. Zudem sind regelmäßige hochrangige und technische Treffen sowie Zusammenarbeit bei Schulungen und Konferenzen vorgesehen. Für den Austausch von Beweisen und für andere Formen der justiziellen Zusammenarbeit wenden die Parteien die einschlägigen EU-Rechtsakte – wie beispielsweise die Europäische Ermittlungsanordnung – an. Auch in Bezug auf den Datenschutz geltend die einschlägigen EU-Rechtsakte.

[Pressemitteilung der EUSa](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsvereinbarung](#) (in englischer Sprache)

Entwurf des Zweiten Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über Computerkriminalität veröffentlicht

Am 14.04.2021 veröffentlichte der Europarat den vollständigen Entwurf des Zweiten Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über Computerkriminalität (Budapest Konvention). Das Zweite Zusatzprotokoll soll insbesondere Strafverfolgungsbehörden den Zugang zu elektronischen Beweismitteln erleichtern. Ein solches Übereinkommens würde international gelten – zwischen bislang 65 Staaten (Mitglieder und auch Nicht-Mitglieder des Europarats), darunter auch die USA, in denen viele der Online-Diensteanbieter ihren Sitz haben. Am 06.06.2019 hatte der Rat der Kommission hierfür ein Verhandlungsmandat erteilt (EB 11/19). Bis 02.05.2021 läuft eine Konsultation zum Textentwurf. In einer Anhörung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments (LIBE) am 13.04.2021 erklärte eine Vertreterin der Kommission, dass man hoffe, die Arbeiten am Zweiten Zusatzprotokoll Ende Mai 2021 abschließen zu können.

[Zum Textentwurf und der Konsultation](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Anerkennung der Elternschaft

Die Kommission veröffentlichte am 14.04.2021 einen Fahrplan mit anfänglicher Folgenabschätzung zum Thema „grenzüberschreitende familiäre Situation – Anerkennung der Elternschaft“. Im zweiten Quartal 2022 plant sie einen Verordnungsvorschlag vorzulegen. Zum Fahrplan selbst kann bis 12.05.2021 Rückmeldung gegeben werden. Eine öffentliche Konsultation soll im zweiten Quartal 2021 folgen. Mit der Initiative will die Kommission dafür Sorge tragen, dass die in einem EU-Mitgliedstaat festgestellte Elternschaft EU-weit anerkannt wird. Dadurch sollen die Rechte der Kinder in grenzüberschreitenden Situationen, wenn beispielsweise ihre Familienangehörigen innerhalb der EU umziehen oder reisen, gewahrt bleiben. Die Initiative hatte Kommissionspräsidenten *von der Leyen* in ihrer Rede zur Lage der EU im September 2020 angekündigt.



[Zur Initiative der Kommission](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Kommission veröffentlicht Bericht zu Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in Strafverhandlungen

Am 31.03.2021 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/343 über die Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren. Der Bericht stützt sich in erster Linie auf Informationen, die die Mitgliedstaaten der Kommission übermittelt haben. Grundlage ist auch ein ebenfalls am 31.03.2021 veröffentlichter Bericht der Grundrechteagentur, der auf Interviews mit über 120 Strafverteidigern, Richtern, Staatsanwälten, Polizeibeamten und Journalisten beruht. Der Bericht der Kommission macht deutlich, dass in einigen Mitgliedstaaten weiterhin Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Richtlinie bestehen. So wird beispielsweise hervorgehoben, dass die Vorführung von Angeklagten im Gerichtssaal in Handschellen und/oder die Nutzung von Glaskästen in Gerichtsverfahren den Eindruck vermitteln, sie seien schuldig.

[Zum Bericht der Kommission](#)

[Zum Bericht der Grundrechteagentur](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

FORSCHUNG/HOCHSCHULEN

Erste Ausschreibungen des Europäischen Innovationsrates (EIC) veröffentlicht

Die Kommission hat am 09.04.2021 die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die beiden Hauptförderinstrumente des Europäischen Innovationsrates (EIC) veröffentlicht.

Für den EIC-Accelerator werden dabei rund 1 Mrd. € bereitgestellt. Mit diesem werden innovative Start-Ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt, bahnbrechende und hochriskante Innovationen und Entdeckungen fortzuentwickeln und zur Marktreife zu bringen. 495 Mio. € sollen dabei speziell dem europäischen Green Deal sowie digitalen und Gesundheitstechnologien zugutekommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

Ebenfalls ins Leben gerufen wurde der EIC-Pathfinder, der mit 168 Mio. € ausgestattet wird. Dieses Instrument unterstützt interdisziplinäre Forschungsteams, ihre bahnbrechenden Ideen umzusetzen und einen positiven Beitrag zum Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des EIC](#) (in englischer Sprache)

123 Mio. € aus Horizont Europa für Coronaforschung bereitgestellt

Die Kommission hat am 07.04.2021 mitgeteilt, dass 123 Mio. € aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa für dringende Forschungstätigkeiten auf dem Gebiet der Coronavirus-Varianten bereitgestellt werden. Die Bereitstellung der Forschungsgelder ist Teil der Strategie „HERA Inkubator: Gemeinsam die Gefahr durch COVID-19-Varianten antizipieren“, mit der der erhöhten Bedrohung durch Coronavirus-Varianten begegnet werden soll (EB 04/21).

Die entsprechenden Aufforderungen zur Interessenbekundung werden vom 13.04.2021 - 06.05.2021 geschaltet. Die geförderten Projekte sollen dabei folgende Ziele verfolgen:

- Bildung neuer Kohorten und/oder Nutzung bestehender umfassender, dezentraler und regionaler oder multinationaler Kohorten, die auch über Europa hinausgehen.
- Weiterentwicklung vielversprechender Behandlungs- oder Impfstoffkandidaten für COVID-19, nachdem sie in klinischen Studien bereits die präklinische Entwicklung abgeschlossen haben.
- Förderung von Forschungsinfrastrukturen, um den Datenaustausch zu beschleunigen und zügig Unterstützung und Fachwissen für die Forschung bereitzustellen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung zum „HERA Inkubator: Gemeinsam die Gefahr durch COVID-19-Varianten antizipieren“](#)



Pilotinitiative des EIT zur Stärkung der unternehmerischen und innovativen Kapazität von Hochschuleinrichtungen gestartet

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat seine Pilotinitiative zur Stärkung der unternehmerischen und innovativen Kapazität von Hochschuleinrichtungen gestartet. Europäische Hochschuleinrichtungen sind eingeladen, Aktionspläne einzureichen, mit denen ihre unternehmerischen und innovativen Kapazitäten auf allen institutionellen Ebenen verbessert werden sollen. Das EIT will mit der Förderung Hochschulen noch besser in die Lage versetzen, regionale Innovationsmotoren zu werden und nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu fördern. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 25.05.2021. Es werden 23 Projekte ausgewählt, die über eine Laufzeit von zwei Jahren mit maximal 1,2 Mio. € gefördert werden.

Die Initiative ist in der überarbeiteten Verordnung zum EIT, zu der Anfang des Jahres eine politische Einigung erzielt wurde (EB 03/21), vorgesehen. Das 2008 gegründete EIT mit Sitz in Budapest gehört zur dritten Säule („Innovatives Europa“) von Horizont Europa und soll die Innovationsleistungen der EU durch Synergien und Zusammenarbeit zwischen Hochschulbildung, Forschung und Innovation fördern.

[Pressemitteilung des EIT](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet zu der Initiative](#) (in englischer Sprache)

Design für 2-Euro-Münze anlässlich des Jubiläums von Erasmus ausgewählt

Anlässlich des 35-jährigen Jubiläums des erfolgreichen EU-Programms Erasmus im Jahr 2022 wird es eine Sonderprägung für die 2-Euro-Münze geben. Wie die Kommission bekanntgab, hat sich in dem öffentlichen Abstimmungsprozess zum Design der Münze der Entwurf von *Joaquin Jimenez* durchgesetzt. Die Ausgabe der Münze durch die dafür zuständigen Euro-Staaten ist für den 01.07.2022 vorgesehen.

[Abbildung des Gewinnerentwurfs](#)

KULTUR

21 Bewerbungen für das Europäische Kulturerbesiegel eingegangen

Die Kommission hat bekanntgegeben, dass in der Auswahlrunde 2021 des Europäischen Kulturerbesiegels (EKS) 21 Bewerbungen aus 15 Mitgliedstaaten eingegangen sind. Das EKS wird alle zwei Jahre von der Kommission an ausgewählte Kulturdenkmale, Kulturlandschaften, kulturelle Stätten oder Gedenkstätten vergeben, die einen herausragenden Zusammenhang zur Europäischen Einigung haben oder an gemeinsame europäische Werte erinnern. Mitgliedstaaten können dabei in jeder Auswahlrunde maximal zwei Vorschläge einreichen, aus denen eine europäische Jury dann höchstens eine Stätte pro Mitgliedstaat auswählt. Die zwei aus Deutschland eingereichten Vorschläge in der aktuellen Runde sind:

[Fulda und Petersberg. Orte der karolingischen Bildungsreform](#)

[Oderbruch – Menschen machen Landschaft](#)



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 07/2021 vom 16.04.2021



[Meldung der Kommission mit allen eingereichten Bewerbungen](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zum EKS](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht der bestehenden EKS-Stätten](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Binnenmarktprogramm: Rat nimmt Standpunkt in erster Lesung an

Der Rat hat am 13.04.2021 in erster Lesung seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Aufstellung des EU-Binnenmarktprogramm angenommen. Die politische Einigung zwischen den Verhandlungsführern von Europäischem Parlament (EP), Rat und Kommission wurde bereits im Dezember 2020 erzielt (EB 20/20). Das Programm stellt die Fortsetzung des COSME-Programms dar und zielt darauf ab, die Umsetzung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der EU in den Bereichen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen, Marktüberwachung, Normung, Wettbewerbspolitik und Finanzdienstleistungen zu unterstützen.

In einem nächsten Schritt wird das EP die Verordnung formal annehmen. Nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt wird diese rückwirkend ab dem 01.01.2021 gelten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Angenommener Text](#)

Europäischer Innovationsrat: Kommission veröffentlicht erste Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen

Die Kommission hat am 09.04.2021 die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des EIC-Accelerators veröffentlicht. Der Europäische Innovationsrat (EIC) wurde im März 2021 unter dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa ins Leben gerufen (EB 06/21). Für den EIC-Accelerator werden mehr als 1 Mrd. € zur Verfügung gestellt, die die Expansion von Start-ups und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fördern sollen. Dabei stehen mehr als die Hälfte der Mittel bahnbrechenden Innovationen in allen Bereichen offen und 495 Mio. € sind für Innovationen vorgesehen, die dem europäischen Green Deal zugutekommen und für solche im Bereich digitaler Technologien und Gesundheitstechnologien.

Der EIC-Accelerator zielt darauf ab, weiteres privates Kapital zu mobilisieren. Start-ups und KMU können dabei Finanzhilfen in Höhe von bis zu 2,5 Mio. € beziehen, die mit Beteiligungsinvestitionen aus dem EIC-Fonds in Höhe von 500 000 bis 15 Mio. € kombiniert werden.

Die Kommission hat zudem das offene Programm EIC-Pathfinder gestartet, das mit 168 Mio. € ausgestattet ist und es interdisziplinären Teams von Forschenden ermöglicht, Forschungs- und Innovationszuschüsse zu beantragen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Bioökonomie: Strategische Vorausschau für das Jahr 2050

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission hat am 12.04.2021 eine strategische Vorausschau für die EU-Bioökonomie im Jahr 2050 vorgestellt. In diesem Bericht werden vier Szenarien für eine zukünftige Bioökonomie dargestellt, die aufzeigen, wie sie zu den Zielen der Bioökonomie-Strategie der EU und zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beitragen können. In diesen Szenarien geht es darum, inwieweit es zum einen gelingt, die politischen Ziele tatsächlich umzusetzen und inwiefern sich die Gesellschaft an einem Wandel der Versorgungssysteme beteiligt. Die Kommission möchte diese Szenarien nun weiter erforschen lassen, da sie die Bioökonomie als Kernelement für den Green Deal in der Post-COVID-19 Ära ansieht, um die EU nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu machen.

Die im Jahr 2018 veröffentlichte EU-Bioökonomie-Strategie zielt darauf ab, eine nachhaltige und kreislauforientierte Bioökonomie für Europa zu entwickeln und die Verbindung zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu stärken.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht der Kommission zu den vier Szenarien der Bioökonomie](#) (in englischer Sprache)

Konnektivitäts-Toolbox zum Ausbau von 5G- und Glasfasernetzen

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich am 26.03.2021 auf eine gemeinsame Konnektivitäts-Toolbox mit bewährten Praktiken für den Ausbau von Fest- und Mobilfunknetzen (5G- und Glasfasernetze) geeinigt. Dies betrifft u. a. Genehmigungsausnahmen für bestimmte Bauarbeiten und die Zurverfügungstellung eines einzigen Online-Portals mit allen notwendigen Informationen zu Genehmigungen, Bauarbeiten und Infrastrukturen. Die Toolbox soll dazu beitragen in den Mitgliedstaaten einen rechtzeitigen und investitionsfreundlichen Zugang zu 5G-Frequenzen für Mobilfunkbetreiber und andere Frequenznutzer zu gewährleisten sowie die Betreiber dabei zu unterstützen, die Kosten für die Einführung von Gigabit-Breitband zu senken.

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführendem Link zur Toolbox (in englischer Sprache)

Konsultation zur Überarbeitung der Fusionskontrollvorschriften

Die Kommission hat am 26.03.2021 eine öffentliche Konsultation zu einer Durchführungsverordnung zur Überarbeitung der Fusionskontrollvorschriften eingeleitet sowie eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase hierzu veröffentlicht. Die Überarbeitung zielt auf die Verbesserung und Vereinfachung der EU-Fusionskontrolle im Rahmen des vereinfachten und – sofern möglich – auch des Standardverfahrens ab – unter gleichzeitiger Wahrung der wirksamen Durchsetzung der Verfahren. Die Annahme der Durchführungsverordnung ist für das erste Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zur Konsultation besteht bis 18.06.2021 und zur Folgenabschätzung bis 23.04.2021.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)



Konsultation zur Überarbeitung der Forschungsbeihilfen

Die Kommission hat am 08.04.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Rahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul-Rahmen) eingeleitet. Diese Beihilfen sollen Tätigkeiten in den Bereichen Forschung, Innovation und Entwicklung unterstützen, die aufgrund von Marktversagen ohne diese nicht durchgeführt würden. Die Überarbeitung beruht auf den Ergebnissen der von der Kommission durchgeführten Eignungsprüfung staatlicher Beihilfen (EB 18/20). Die Kommission schlägt nun u. a. die Aktualisierung der bestehenden Begriffsbestimmungen, die Einführung neuer Bestimmungen zur Unterstützung für Technologieinfrastrukturen sowie die Vereinfachung bestimmter Vorschriften vor. Die Annahme des geplanten Beihilferahmens ist für das zweite Halbjahr 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 03.06.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zu EU-weitem System für Sofortzahlungen

Die Kommission hat am 31.03.2021 eine öffentliche Konsultation für ein EU-weites System für Sofortzahlungen veröffentlicht. In ihrer im September 2020 vorgelegten Strategie für den Massenzahlungsverkehr (EB 15/20) hatte sie die Notwendigkeit eines solchen Systems angekündigt. Im Rahmen der Konsultation soll untersucht werden, ob im Bereich der Sofortzahlungen neue Rechtsvorschriften erforderlich sind, nicht legislative Maßnahmen angemessen wären oder andere Optionen sinnvoll sind. Die Annahme eines möglichen Legislativvorschlags ist für das erste Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 23.06.2021.

[Zur Konsultation](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung

Die Kommission hat am 30.03.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase zur Überarbeitung der Arzneimittelvorschriften veröffentlicht. Diese wurde im Rahmen der im November vorgelegten EU-Arzneimittelstrategie angekündigt (EB 19/20) und soll den Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln in der EU gewährleisten. Zudem zielt die Überarbeitung darauf ab, Innovationen zu fördern, die Versorgungssicherheit zu verbessern und die Schaffung eines zukunfts- und krisenfesten Arzneimittelsystems zu unterstützen. Eine öffentliche Konsultation ist für das vierte Quartal 2021 geplant, die Annahme eines Verordnungsvorschlags für das vierte Quartal 2022. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 27.04.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)



EU-Kartellrecht: Förmliches Prüfverfahren zu mutmaßlich wettbewerbswidrigem Verhalten der Strombörse EPEX Spot

Die Kommission hat am 30.03.2021 ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob die Strombörse EPEX Spot SE eine marktbeherrschende Stellung gegenüber ihren Wettbewerbern auf dem Markt für Dienstleistungen zur Erleichterung des Intraday-Stromhandels ausgenutzt hat. Hierdurch könnten die Tätigkeiten von Wettbewerbern u. a. in Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich behindert worden sein. Intraday-Märkte sind Märkte, auf denen Anbieter und Abnehmer in den letzten Stunden vor der Netzeinspeisung mit Strom handeln können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme bestimmter Abfallbewirtschaftungsunternehmen von Suez durch die Schwarz-Gruppe unter Auflagen

Die Kommission hat am 14.04.2021 die Übernahme bestimmter Abfallbewirtschaftungsunternehmen von Suez in Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und Polen durch die Schwarz-Gruppe unter Auflagen genehmigt. Die Schwarz-Gruppe mit Sitz in Deutschland ist über ihre Einzelhandelsketten Lidl und Kaufland in mehr als 30 Ländern im Lebensmitteleinzelhandel tätig. Zudem ist als integrierter Dienstleister im Bereich der Abfallbewirtschaftung über ihre Geschäftssparte PreZero aktiv. Die betroffenen Unternehmen von Suez sind in den Bereichen Sammlung, Sortierung, Behandlung, Recycling und Entsorgung von Haushalts- und Gewerbeabfällen tätig. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.10047](#)

EU-Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von OSRAM Continental durch Continental

Die Kommission hat am 06.04.2021 die Übernahme des Lichtsteuergeräte-Geschäfts der OSRAM Continental GmbH durch die Continental AG genehmigt. Die Lichtsteuergeräte von OSRAM Continental werden zur Steuerung von Beleuchtungssystemen in Kraftfahrzeugen verwendet. Continental ist in der Herstellung und Lieferung verschiedener Komponenten und Ersatzteile, vor allem in der Autoindustrie, tätig. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10167](#)



Schlussanträge vor dem EuGH: Tochtergesellschaft kann für wettbewerbswidriges Verhalten der Muttergesellschaft haftbar gemacht werden

Der Generalanwalt *Pitruzzella* kam am 15.04.2021 in seinen Schlussanträgen vor dem EuGH zu der Auffassung, dass ein nationales Gericht eine Tochtergesellschaft dazu verurteilen kann, die Schäden zu ersetzen, die durch das wettbewerbswidrige Verhalten der Muttergesellschaft, die alleinige Adressatin einer von der Kommission verhängten Geldbuße ist, entstanden sind (Rechtssache C-882/19).

Die Kommission hatte im Jahr 2016 gegen verschiedene Gesellschaften des Automobilssektors, u. a. die Daimler AG, Geldbußen verhängt wegen Absprachen über die Preise von Lastwagen. Daraufhin beantragte eine spanische Gesellschaft eine Tochtergesellschaft Schadensersatz zu zahlen. Das vorlegende Gericht legte dem EuGH daher die Frage vor, ob eine Tochtergesellschaft für eine von ihrer Muttergesellschaft begangene Zuwiderhandlung haftbar gemacht werden könne.

Nach Ansicht des Generalanwalts ist dies dann möglich, wenn die beiden Gesellschaften auf dem Markt wie ein einziges Unternehmen aufgetreten sind, und die Tochtergesellschaft dazu beigetragen hat, das Ziel dieses Verhaltens zu verwirklichen.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den EuGH nicht bindend und er kann in seinem Urteil davon abweichen.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Volltext der Schlussanträge](#)

Europäischer Rechnungshof: Bericht zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 13.04.2021 einen Bericht über die Fortschritte der EU beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge veröffentlicht. In diesem kommt der ERH zu dem Ergebnis, dass es neben einigen kleinen Erfolgen noch immer große Hürden für das Fahren mit Elektrofahrzeugen innerhalb der EU gibt. Die Verfügbarkeit von öffentlichen Ladestationen variiere von Land zu Land stark. Zudem seien die Zahlungssysteme noch nicht harmonisiert und es fehle an Echtzeitinformationen für die Nutzer.

[Pressemitteilung des ERH](#)

[Bericht des ERH zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Europäisches Parlament nimmt Verordnung an

Das Europäische Parlament (EP) hat am 25.03.2021 die am 09.11.2020 erzielte Einigung über die Überarbeitung der Verordnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (EB 18/20) angenommen. Güter mit doppeltem Verwendungszweck sind Güter, Materialien, Software und Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Die derzeitigen seit 2009 geltenden Vorschriften sollen



durch die überarbeitete Verordnung an die neuen technologischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten angepasst werden. Die neue Verordnung enthält u. a. Regelungen zu strengeren Ausfuhrkontrollen von Technologien für digitale Überwachung, zur Schaffung eines Koordinierungsmechanismus auf EU-Ebene, zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen Genehmigungs- und Zollbehörden sowie zur Berichterstattung. In einem nächsten Schritt muss die Verordnung nun noch vom Rat förmlich angenommen werden, bevor sie im EU-Amtsblatt veröffentlicht wird.

[Angenommener Text des EP](#)

EU-Mercosur-Abkommen: Kommission veröffentlicht Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung

Die Kommission hat am 29.03.2021 die endgültige Fassung der Nachhaltigkeits- Folgenabschätzung (Sustainability Impact Assessment – SIA) zu den möglichen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Handelsteils des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens veröffentlicht. Zugleich veröffentlichte sie auch ein Positionspapier mit Kommentaren zu den wichtigsten Ergebnissen und Empfehlungen des SIA-Berichts. Der Bericht kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass sich das Abkommen positiv auf die Wirtschaft auswirken und einen Beitrag zur Erholung der Wirtschaft von den Folgen der Pandemie leisten könne (siehe hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Nachhaltigkeitsprüfung](#) (in englischer Sprache)

[Positionspapier der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Bewertung von Makrofinanzhilfen der EU an Nicht-EU-Partnerländer

Die Kommission hat am 21.01.2021 einen Fahrplan für eine Bewertung von EU-Finanzhilfen (Makrofinanzhilfen) gegenüber Nicht-EU-Partnerländern veröffentlicht. Die Analyse soll u. a. die Ergebnisse von 15 Bewertungen zwischen 2010 und 2020 durchgeführten Finanzhilfen überprüfen und die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission erhöhen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 18.02.2021.

[Zur Konsultation](#)

ENERGIE

Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff: Kommission startet Projektauftrag

Die Kommission hat am 12.04.2021 die Mitglieder der Europäischen Allianz für sauberen Wasserstoff aufgefordert, Projekte für erneuerbare und kohlenstoffarme Wasserstofftechnologien und -lösungen einzureichen. Die Frist für die Einreichung der Projekte läuft bis 07.05.2021. Auf dem nächsten Treffen des



Wasserstoff-Forums am 17./18.06.2021 sollen die Projekte geprüft und Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet werden.

Die Allianz für sauberen Wasserstoff wurde im Juli 2020 von der Kommission ins Leben gerufen (EB 12/20), um Industrie, nationale und lokale Behörden, Zivilgesellschaft und andere Interessengruppen zusammenzubringen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Allianz für sauberen Wasserstoff](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Die Kommission hat am 30.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden veröffentlicht. Diese schließt sich an die zuvor durchgeführte Folgenabschätzung in der Anfangsphase an (EB 04/21). Die Überarbeitung der Richtlinie wurde im Rahmen der Strategie für eine Renovierungswelle der Kommission angekündigt (EB 17/20), um dem Ziel, die jährliche Renovierungsquote im Bereich der energetischen Gebäuderenovierung bis 2030 mindestens zu verdoppeln, nachzukommen. Die Annahme der Richtlinie durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 22.06.2021.

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zur Überarbeitung der EU-Gasvorschriften

Die Kommission hat am 26.03.2021 eine öffentliche Konsultation für eine geplante Verordnung zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für den Marktzugang von Gasnetzen veröffentlicht. Zuvor hatte sie hierzu eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase veröffentlicht (EB 03/21).

Hierdurch sollen Anbietern von erneuerbaren und CO₂-armen Gasen der Markteintritt erleichtert und unangemessene rechtliche Hindernisse beseitigt werden. Zudem soll die Überarbeitung zur Umsetzung der Ziele des europäischen Green Deals beitragen.

Die Annahme des Vorschlags durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 18.06.2021.

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zu Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse

Die Kommission hat am 31.03.2021 eine öffentliche Konsultation zu einer Durchführungsverordnung für Leitlinien zu den Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse eingeleitet. Diese sollen den Mitgliedstaaten und Wirtschaftsakteuren zur Unterstützung beim Nachweis der



Einhaltung der neuen Nachhaltigkeitskriterien für forstwirtschaftliche Biomasse im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie dienen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 28.04.2021.

[Zur Initiative](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Beihilfe für Offshore-Windenergie in Deutschland

Die Kommission hat am 29.03.2021 eine deutsche Betriebsbeihilfenregelung zum weiteren Ausbau der Offshore-Windenergieerzeugung in Deutschland bis 2026 genehmigt. Durch diese Regelung soll das Ziel für die installierte Offshore-Windkapazität von 15 Gigawatt auf 20 Gigawatt erhöht werden. Zudem ist bis 2040 eine installierte Offshore-Kapazität von 40 Gigawatt vorgesehen. Die Beihilfe wird dabei in Form eines Aufschlags auf den Strommarktpreis gewährt, der auf der Grundlage des niedrigsten Angebots in offenen und transparenten Ausschreibungen festgelegt wird, und wird für einen Zeitraum von 20 Jahren gezahlt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Konsultation zu Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse

Am 31.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung eingeleitet, mit der Leitlinien zu den Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse gemäß der Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2018/2001/EU festgelegt werden. Zur Unterstützung der Klima- und Energieziele der Union ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Energie aus forstwirtschaftlicher Biomasse nachhaltig gewonnen wird. Um dies zu erreichen, werden mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2018 neue Nachhaltigkeitskriterien für die Wärme- und Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas eingeführt, die auch für forstwirtschaftliche Biomasse gelten. Die Initiative enthält operative Leitlinien darüber, wie die Mitgliedstaaten und die Wirtschaftsakteure die Einhaltung der neuen Nachhaltigkeitskriterien für forstwirtschaftliche Biomasse gemäß Artikel 29 der Richtlinie nachweisen können. Eine Rückmeldung dazu ist bis 28.04.2021 möglich (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

Kommission leitet Konsultation zu technischen Vorschriften und Prüfverfahren für intelligente Geschwindigkeitsassistenten ein

Am 31.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung 2019/2144/EU über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhänger sowie zur Änderung von Anhang II dieser Verordnung eingeleitet. Dadurch sollen detaillierte Regeln für spezifische Prüfverfahren und fortschrittliche technische Anforderungen an die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen im Hinblick auf ihre intelligenten Geschwindigkeitsunterstützungssysteme festgelegt werden. Alle ab Mai 2022 verkauften Neufahrzeuge müssen mit dem intelligenten Geschwindigkeitsassistenten (ISA) ausgestattet werden. ISA ist ein fortschrittliches Sicherheitsmerkmal, das Fahrzeuge an der Überschreitung einer festgelegten Geschwindigkeitsbegrenzung hindert und somit zur Verringerung der Zahl der Unfälle beitragen soll. Mit dieser Initiative sollen die Anforderungen und Prüfverfahren für die Zulassung von Fahrzeugen, die mit ISA ausgestattet sind, festgelegt werden. Eine Stellungnahme ist bis 28.04.2021 möglich.

[Konsultation](#)

Kommission leitet Konsultation zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ein

Am 30.03.2021 hat die Kommission wie in der Mitteilung über die Renovierungswelle angekündigt eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) eingeleitet. Hintergrund der Überarbeitung ist, dass die bestehenden legislativen Maßnahmen im Gebäudebereich an das angehobene Klimaziel der EU für 2030 und die geplante höhere Zielvorgabe für



Energieeffizienz sowie zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 angepasst werden müssen. Die EPBD ist der Eckpfeiler der europäischen Rechtsvorschriften im Bereich der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, um die Maßnahmen zur Renovierung des Gebäudebestands in der EU zu beschleunigen und bis 2050 eine hohe Energieeffizienz zu erreichen. Ziel der Konsultation ist es, Meinungen verschiedener Interessenträger zu den Verbesserungen einzuholen, die an der Richtlinie vorgenommen werden sollen, um dadurch die Renovierungsquoten zu erhöhen und einen Beitrag zur Verwirklichung der Klima- und Energieziele der EU zu leisten. Die Kommission lädt alle Interessenträger, darunter u. a. Bürgerinnen und Bürger, zuständige Behörden, Umweltorganisationen, Verbraucherorganisationen, Unternehmen, Berufsverbände einschließlich Architekten und Experten für das Kulturerbe, Gebäudeeigentümer und -vereinigungen und NGOs ein, sich zu beteiligen. Eine Stellungnahme ist bis 22.06.2021 möglich (siehe hierzu Beitrag des StMB und StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

Kommission veröffentlicht Verordnungsentwurf zur Statistik über Pflanzenschutzmittel

Am 30.03.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur geplanten Änderung der Verordnung 1185/2009/EG über Statistiken über Pestizide in Bezug auf die Liste der Wirkstoffe eingeleitet. Die Kommission ist verpflichtet, die Liste der betroffenen Stoffe mindestens alle fünf Jahre zu aktualisieren. Die letzte Aktualisierung fand im Jahr 2017 statt. Die neue Verordnung wird den Zeitraum von 2021-2024 umfassen. Alle Interessenträger sind eingeladen, sich zu beteiligen. Eine Stellungnahme hierzu ist bis 27.04.2021 möglich (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Konsultation](#)

EuGH-Urteil zur Zulässigkeit der Klage gegen EU-Klimapaket 2018

Am 26.03.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-565/19 P zwischen A.C. u. a. / Parlament und Rat die Unzulässigkeit der Klage, die von Familien aus der EU sowie aus Kenia und Fidschi gegen das „Klimapaket“ der EU von 2018 erhoben wurde, bestätigt. Im Ausgangsrechtsstreit vor dem Gericht der EU (EuG) hatten Familien aus verschiedenen Dritt- und EU-Mitgliedstaaten, darunter auch aus Deutschland, sowie ein schwedischer Verband im Jahr 2018 gegen das Europäische Parlament (EP) und den Rat Klage erhoben mit dem Begehren, das „Klimapaket“ der EU mit dem darin enthaltenen THG-Reduktionsziel von 40 % im Vergleich zu 1990 für nichtig zu erklären. Zudem beantragten sie, anzuordnen, dass Rat und EP Maßnahmen erlassen, die eine Reduktion um mindestens 50 bis 60 % vorschreiben. Nachdem das EuG die Klage als unzulässig abgewiesen hatte, hatten die Kläger Rechtsmittel vor dem EuGH eingelegt. Dieser entschied in seinem Urteil nunmehr, dass die Kläger vom Gesetzespaket nicht individuell betroffen seien, und bestätigte damit endgültig die Abweisung der Klage. Die Tatsache, dass sich der Klimawandel auf eine bestimmte Person anders auswirken könne als auf eine andere, bedeute nicht, dass aus diesem Grund eine Befugnis zur Klage gegen



eine Maßnahme mit allgemeiner Geltung bestehe. Allein das Vorbringen, ein Rechtsakt der Union verletze die Grundrechte, führe noch nicht dazu, dass die Klage eines Einzelnen zulässig wäre.

[EuGH-Urteil](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament nimmt Initiativbericht zur Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien an

Am 25.03.2021 hat das Europäische Parlament (EP) den Initiativbericht zur Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien mit 425 zu 109 Stimmen bei 153 Enthaltungen angenommen. Im Bericht wird u. a. eine bessere Durchsetzung der geltenden Luftqualitätsnormen, die Anpassung der Richtlinien an die strengeren von der WHO empfohlenen Grenzwerte sowie die Ausweitung der Regelungen auf weitere nachweislich schädliche Luftbestandteile wie ultrafeine Partikel (UFP), Quecksilber, Ammoniak und dem sogenannten Black Carbon (BC; elementarer Kohlenstoff und schwarzer Rauch) gefordert. Des Weiteren solle die Kommission eine Beobachtungsstelle für Schadstoffe, die gesundheitsschädlich oder umweltgefährlich sein können (z. B. Mikroplastik) einrichten. Messungen sollen an geeigneten Orten durchgeführt werden, um eine valide Abschätzung der Luftqualität sicherzustellen und die Öffentlichkeit sei verstärkt zu informieren, um so ein Bewusstsein für die Luftverschmutzung zu schaffen. Die Kommission wird aufgefordert, Maßnahmen vorzulegen, mit denen die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, in die Stärkung der Überwachungsnetze, den Bau von Überwachungsstationen, die Ausbildung und Einstellung von Sachverständigen und Analytikern zu investieren, als auch eine strengere Aufsicht, Kontrolle und Überwachung zu fördern. Zudem wird betont, dass innovative Lösungen wie Filteranlagen in Fahrzeugen und an Straßen, die Erneuerung der Fahrzeugflotte und ähnliche Initiativen benötigt werden.

[Angenommener Text](#)

Kommission veröffentlicht Leitlinien zum Umfang des Begriffs „Umweltschaden“

Am 25.03.2021 hat die Kommission Leitlinien veröffentlicht, anhand derer die Mitgliedstaaten den Umfang des Begriffs „Umweltschaden“ in der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung besser beurteilen können sollen. Die Leitlinien sollen für mehr Rechtsklarheit sorgen, insbesondere in Bezug darauf, inwiefern Schäden an Gewässern, Böden, geschützten Arten und natürlichen Lebensräumen vermieden oder behoben werden müssen, und die Auslegung und Anwendung harmonisieren. Da Begriff des „Umweltschadens“ zudem in engem Zusammenhang mit Anforderungen anderer EU-Gesetze steht, sind die Leitlinien insbesondere auch hinsichtlich der Vogelschutzrichtlinie, der Habitatrichtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie sowie der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie relevant. Die Leitlinien sind Teil einer umfassenden Bemühung der Kommission, die Umsetzung der Richtlinie über Umwelthaftung zu stärken und die Art und Weise zu verbessern, wie die Mitgliedstaaten Probleme im Zusammenhang mit Umweltschäden und der Nichteinhaltung des EU-Umweltrechts verfolgen.



Die Kommission wird mit den Mitgliedstaaten und den Interessengruppen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Leitlinien bei der Umsetzung der Richtlinie ordnungsgemäß verwendet werden.

[Leitlinien](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission veröffentlicht Evaluierung der EU-Tierwohlstrategie

Am 31.03.2021 hat die Kommission die Evaluierung der EU-Tierwohlstrategie 2012 - 2015 veröffentlicht. Betrachtet wurde der Zeitraum 2012 - 2018 (d. h. über die Geltungsdauer der Strategie hinaus) hinsichtlich der Kriterien Wirksamkeit, Effizienz, EU-Mehrwert der Strategie. Die Evaluierung kommt zu dem Ergebnis, dass die in der Strategie ermittelten Probleme und deren Ursachen noch heute relevant sind. Insgesamt haben die unter der Strategie erlassenen Rechtsakte zwar zu einer Verbesserung des Tierwohlbefindens geführt. Allerdings wurde keines ihrer Ziele vollständig erreicht. Insbesondere das Ziel der Vereinfachung des EU-Tierschutzrechts wurde verfehlt. Die Strategie habe nur einen begrenzten Beitrag zur Bereitstellung von Informationen über Tierschutz für Verbraucher/innen und die Optimierung der Synergien mit der GAP geleistet. Des Weiteren bestünden einige Lücken im Tierschutzrecht nach wie vor fort, wie z. B. bei einigen Nutztierarten, für die es keine EU-Vorschriften gebe. Auch müsse die Einhaltung der Vorschriften in den Mitgliedstaaten in einigen Risikobereichen (z. B. Tiertransporte, routinemäßiges Kupieren der Schwänze von Schweinen, einige Betäubungsverfahren) weiter verbessert werden. Die Kohärenz des Tierschutzrechts mit der GAP sowie der Fischerei-, Handels-, Umwelt- und Verkehrspolitik der Union sei zu erhöhen. Die Ergebnisse der Evaluierung sollen in die Weiterentwicklung des Tierschutzrechts sowie in die Entwicklung von Maßnahmen unter der Farm-to-Fork-Strategie einfließen.

[Vollständige Evaluierung](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung der Evaluierung](#)

Kommission leitet Konsultation zur Liste der in der ökologischen Produktion zugelassenen Erzeugnisse und Stoffe ein

Am 26.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Umsetzung der Verordnung über die Zulassung bestimmter Produkte und Stoffe zur Verwendung in der ökologischen/biologischen Produktion sowie zur Aktualisierung der Liste dieser zugelassenen Erzeugnisse und Stoffe eingeleitet. Die EU-Vorschriften in diesem Bereich sollen für einen klaren Rahmen für die Produktion solcher Erzeugnisse in der gesamten EU sorgen. Damit soll die Nachfrage der Verbraucher nach vertrauenswürdigen ökologischen/biologischen Erzeugnissen gedeckt und gleichzeitig ein fairer Markt für Erzeuger, Händler und Vermarkter geschaffen werden. Mit dieser Initiative wird eine Reihe von Erzeugnissen und Stoffen festgelegt, darunter auch Düngemittel, Pflanzenschutzmittel sowie Reinigungs- und



Desinfektionsmittel, die in der ökologischen/biologischen Produktion eingesetzt werden dürfen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 23.04.2021 (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Konsultation](#)

Kommission leitet Konsultationen zu Kennzeichnungsbestimmungen alkoholischer Getränke ein

Am 26.03.2021 hat die Kommission Konsultationen zum Entwurf zweier delegierter Verordnungen zur Änderung der Verordnung 2019/787/EU über die Begriffsbestimmung und Kennzeichnung alkoholischer Getränke eingeleitet. Gegenstand sind zum einen Kennzeichnungsbestimmungen zur Verwendung von Anspielungen auf gesetzliche Namen oder geografische Angaben von Spirituosen (aktualisierte technische Spezifikationen). Zum anderen stehen die Kennzeichnungsbestimmungen zur Verwendung zusammengesetzter Begriffe, die sich aus der Kombination eines Spirituosengetränks mit einem oder mehreren Lebensmitteln ergeben, im Fokus. Durch diese Initiativen im Zusammenhang mit der neuen Spirituosenverordnung sollen die technischen Spezifikationen für Spirituosen angepasst werden. Es handelt sich um eine Aktualisierung der EU-Kennzeichnungsvorschriften für Fälle, in denen es bei der Kennzeichnung anderer alkoholischer Getränke als Spirituosen und Liköre Anspielungen (direkte oder indirekte Verweise) auf Namen von Spirituosen gibt, und für alkoholische Getränke, die sich aus Spirituosen und anderen Lebensmitteln zusammensetzen (zusammengesetzte Begriffe). Dadurch sollen Verbraucherinnen und Verbraucher korrekt über den tatsächlichen Namen des betreffenden Getränks informiert werden. Möglichkeit zur Rückmeldung besteht bis 23.04.2021.

[Konsultation zur Verwendung von Anspielungen auf Namen von Spirituosen](#)

[Konsultation zur Verwendung zusammengesetzter Begriffe](#)

Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe ein

Am 25.03.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe eingeleitet. Ziel dieser öffentlichen Konsultation ist es, die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger über die Zulassung, Kennzeichnung und Verwendung von Futtermittelzusatzstoffen sowie die Ansichten professioneller und nicht-professioneller Interessenträger zu sammeln. Es sollen Informationen darüber eingeholt werden, wie Bürgerinnen und Bürger die Stärken und Schwächen der aktuellen Gesetzgebung sehen und wie sie den Beitrag von Futtermittelzusatzstoffen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Tierhaltung und zur Aufrechterhaltung des derzeitigen hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt einschätzen. Die Kommission lädt alle EU- und Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie alle Interessenträger ein, sich zu beteiligen und ihre Ansichten mitzuteilen. Eine Stellungnahme ist bis 17.06.2021 möglich.

[Konsultation](#)



Bioökonomie: Strategische Vorausschau für das Jahr 2050

Am 12.04.2021 hat die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission eine strategische Vorausschau für die EU-Bioökonomie im Jahr 2050 vorgestellt. In diesem Bericht werden vier Szenarien für eine zukünftige Bioökonomie dargestellt, die aufzeigen, wie sie zu den Zielen der Bioökonomie-Strategie der EU und zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beitragen können. In diesen Szenarien geht es darum, inwieweit es zum einen gelingt, die politischen Ziele tatsächlich umzusetzen und inwiefern sich die Gesellschaft an einem Wandel der Versorgungssysteme beteiligt. Die Kommission möchte diese Szenarien nun weiter erforschen lassen, da sie die Bioökonomie als Kernelement für den Green Deal in der Post-COVID-19-Ära ansieht, um die EU nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Die im Jahr 2018 veröffentlichte EU-Bioökonomie-Strategie zielt darauf ab, eine nachhaltige und kreislauforientierte Bioökonomie für Europa zu entwickeln und die Verbindung zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu stärken (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Bericht der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Verbesserung des Kodex zur Bekämpfung von Desinformation

Am 01.04.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zu geplanten Leitlinien zur Verbesserung des Verhaltenskodex für Desinformation veröffentlicht und dazu eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Online-Plattformen und andere Interessensgruppen hatten den Verhaltenskodex für Desinformation im Jahr 2018 unterzeichnet und sich damit dazu verpflichtet, falsche und irreführende Inhalte zu bekämpfen. Dies führte zu Änderungen der Nutzungsbedingungen der Plattformen und zu einer engeren Zusammenarbeit mit Faktenprüfern. Eine Evaluierung stellte jedoch Unstimmigkeiten bei der Anwendung, Lücken im Anwendungsbereich, das Fehlen gemeinsamer Definitionen und Schlüsselindikatoren sowie einer unabhängigen Beaufsichtigung fest. Die geplanten Leitlinien sollen den Kodex dahingehend verbessern. Bürgerinnen und Bürger, Interessenträger und Organisationen sind zu Rückmeldungen eingeladen. Eine Stellungnahme ist bis zum 29.04.2021 möglich.

[Fahrplan](#)

Kommission leitet Konsultation zu Sofortzahlungen ein

Am 31.03.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Sofortzahlungen gestartet. Die Kommission sammelt mithilfe dieser Konsultation Informationen über noch verbleibende Hindernisse sowie unterstützende Maßnahmen, die sie möglicherweise ergreifen könnte, um eine breite Verfügbarkeit und Nutzung von Sofortzahlungen in der EU zu gewährleisten. Auch soll anhand der Konsultation entschieden werden, ob ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene und/oder politische Maßnahmen gerechtfertigt sind, um eine kritische Masse von Zahlungsdienstleistern, die in der EU Sofortüberweisungen anbieten, zu erreichen. Außerdem soll



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 07/2021 vom 16.04.2021



ermittelt werden, wie die Nachfrage von Kunden (Verbraucher, gewerbliche Nutzer und Händler) nach Sofortüberweisungen angekurbelt werden könnte. Die Konsultation richtet sich an ein breites Spektrum von Interessenträgern wie Nutzer von Zahlungsdiensten (Verbraucher, gewerbliche Nutzer und Händler), Zahlungsdienstleister und Anbieter unterstützender technischer Dienste, Clearing- und Abwicklungsmechanismen, einschlägige Behörden, nationale Regulierungsbehörden und weitere Interessenträger. Die Beteiligung daran ist bis 23.06.2021 möglich.

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Gemeinsame Agrarpolitik: Super-Trilog

Am 26.03.2021 fand ein weiterer Super-Trilog zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Brüssel statt. Dieser brachte die Unterhändler einer Einigung näher, bis zu einer endgültigen Einigung sind aber noch große Anstrengungen erforderlich.

Aus Sicht des Europäischen Parlaments (EP) muss sich v. a. der Rat noch deutlich kompromissbereiter zeigen. Dies gilt insbesondere für die Ökoregelungen, die Kappung und die Umverteilungszahlungen.

Im Hinblick auf folgende Inhalte habe man erhebliche Fortschritte erzielt: beim neuen Liefermodell, bei den Ergebnisindikatoren, bei der Kontrolle der Konditionalität, beim Rebpfanzungsrecht und bei der Weinkennzeichnung.

Neben weiteren Trilogverhandlungen im April und Mai ist vor allem ein zusätzlich geplanter Super-Trilog für die 20. Kalenderwoche parallel zu einer außerordentlichen Sitzung des Agrarministerrats zu nennen. Die politische Bestätigung der Trilogergebnisse im Agrarministerrat wird für den 31.05.2021 angestrebt.

Das EP muss die Trilogergebnisse ebenfalls noch annehmen.

[GAP Supertrilog 26.03.2021](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Agrar-Handelsbericht 1 - 12/2020

Die Kommission hat am 31.03.2021 ihren Agrar-Handelsbericht für den Zeitraum Januar bis Dezember 2020 veröffentlicht.

2020 war ein stabiles Jahr für den EU-Handel im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte. So hat sich der Wert der Exporte 2020 auf 184,3 Mrd. € gesteigert (ein Plus von 1,4 % ggü. 2019), während der Wert der Importe auf 122,2 Mrd. € gestiegen ist (ein Plus von 0,5 % ggü. 2019). Hieraus ergibt sich ein Handelsüberschuss von 62 Mrd. €.

Die größten Exportsteigerungen gab es bei den Exporten nach China, in die Schweiz sowie in den mittleren Osten und nach Nordafrika. Allein die Exporte nach China stiegen um 3,22 Mrd. €, vor allem im Bereich des Schweinefleisches, des Weizens und der Babynahrung.

Einbußen gab es insbesondere beim Export in die USA (um 392 Mio. €, wobei Wein und Spirituosen am stärksten betroffen waren), die Türkei (um 360 Mio. €) und Singapur (346 Mio. €). Trotz des Brexits stiegen die EU-Exporte ins Vereinigte Königreich um 467 Mio. €, die Importe aus dem Vereinigten Königreich gingen um 1,2 Mrd. € zurück.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Vollständiger Handelsbericht](#) (in englischer Sprache)



„Short-term outlook“ auf landwirtschaftliche Märkte 2021

Die Kommission hat am 30.03.2021 ihren ersten „short-term outlook“ auf die landwirtschaftlichen Märkte 2021 veröffentlicht. Sie sieht vorteilhafte Perspektiven für den EU-Landwirtschaftssektor. Er habe eine hohe Widerstandsfähigkeit während der Corona-Krise bewiesen. Durch erhöhte Verkäufe im Einzelhandel und erhöhten Konsum zu Hause habe sich der Sektor gut halten können und es werde eine positive Entwicklung durch eine globale Dynamik hin zu mehr Öffnungen der Gastronomie durch das Fortschreiten der Impfkampagnen erwartet.

Im Bereich der Feldfrüchte seien die Preise aller wichtigen Getreidearten, dem globalen Trend entsprechend, gestiegen. Hauptsächlich durch die Nachfrage nach Futtermitteln werde auch global die Nachfrage steigen. Die EU-Produktion der Ölsaaten solle im Vergleich zum letzten Jahr um 3,4 % steigen. Hingegen sei die Zuckerproduktion auf einem Fünf-Jahres-Tief.

Bei der Milchproduktion werde eine Steigerung um 1 % erwartet. Im Bereich der Fleischproduktion ergeben sich verschiedene Bilder, je nach Sektor.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Vollständiger Bericht](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Absatzförderungs politik

Die Kommission veröffentlichte am 31.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur geplanten Revision der Vermarktungsregelungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln inner- und außerhalb der EU. Die Vermarktungsregelungen stellen dabei den rechtlichen Rahmen dar, nach dem Landwirte ihre Produkte verkaufen dürfen.

Die Absatzförderungs politik der EU hilft den Landwirtinnen und Landwirten sowie der Lebensmittelindustrie, ihre Erzeugnisse auf einem zunehmend wettbewerbsorientierten globalen Markt zu verkaufen.

Am Ende des Prozesses wird die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung vorlegen. Dieser ist für das erste Quartal 2021 geplant. Beiträge zur Konsultation können bis zum 23.06.2021 eingereicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)

[Evaluation der bestehenden Regelung](#) (in englischer Sprache)

EU-Mercosur-Abkommen: Kommission veröffentlicht Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung

Die Kommission hat am 29.03.2021 die endgültige Version der Nachhaltigkeitsabschätzung und ihr Positionspapier für das EU-Mercosur-Handelsabkommen veröffentlicht.

Die Nachhaltigkeitsabschätzung wurde von der London School of Economics durchgeführt und berücksichtigt die Stellungnahmen vieler Interessenträger. Es wird eine positive Auswirkung des Abkommens auf die Wirtschaften beider Parteien vorausgesagt und so ein Ausweg aus der pandemiebedingten Wirtschaftskrise



gesehen. Dennoch sei es nicht nur ein Wirtschaftsabkommen, sondern es werde auch eine Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten basiert, begründen.

Der Landwirtschaftssektor werde durch die Verringerung von Handelsbarrieren und dem Schutz von geografischen Indikationen aus der EU in den Mercosur-Staaten auch von dem Abkommen profitieren.

Die Kommission betont, dass sie klare Resultate aus den Mercosur-Staaten brauche, bevor sie Rat und Parlament das Abkommen vorschlagen könne, es brauche hier klare Verpflichtungen und messbare Ziele im Bereich der Nachhaltigkeit (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Vollständige Nachhaltigkeitsprüfung](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung der Nachhaltigkeitsprüfung](#)

[Positionspapier der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Bioökonomie: Strategische Vorausschau für das Jahr 2050

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission hat am 12.04.2021 eine strategische Vorausschau für die EU-Bioökonomie im Jahr 2050 vorgestellt. In diesem Bericht werden vier Szenarien für eine zukünftige Bioökonomie dargestellt, die aufzeigen, wie sie zu den Zielen der Bioökonomie-Strategie der EU und zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beitragen können. In diesen Szenarien geht es darum, inwieweit es zum einen gelingt, die politischen Ziele tatsächlich umzusetzen und inwiefern sich die Gesellschaft an einem Wandel der Versorgungssysteme beteiligt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht der Kommission zu den vier Szenarien der Bioökonomie](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zu Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse

Die Kommission hat am 31.03.2021 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung für Leitlinien zu den Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse veröffentlicht. Diese sollen den Mitgliedstaaten und Wirtschaftsakteuren zur Unterstützung beim Nachweis der Einhaltung der neuen Nachhaltigkeitskriterien für forstwirtschaftliche Biomasse im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie dienen.

Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2021 geplant. Rückmeldungen sind möglich bis 28.04.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Entwurf DurchführungsVO Leitlinien Nachhaltigkeitskriterien energetischer Nutzung forstwirtschaftlicher Biomasse](#)



Kommission veröffentlicht Verordnungsentwurf zur Statistik über Pflanzenschutzmittel

Die Kommission veröffentlichte am 30.03.2021 einen Verordnungsentwurf zur Statistik über Pflanzenschutzmittel im Hinblick auf die Liste der aktiven Substanzen.

Mit der geplanten Verordnung soll Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 geändert werden. Die Kommission ist verpflichtet, die Liste der betroffenen Stoffe mindestens alle fünf Jahre zu aktualisieren.

Beiträge zur Konsultation können bis 27.04.2021 eingereicht werden.

[VO-Entwurf Statistik Pflanzenschutzmittel_aktive Substanzen](#)

Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe ein

Die Kommission hat am 25.03.2021 eine öffentliche Konsultation im Hinblick auf die Überarbeitung der EU-Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe veröffentlicht.

Die EU-Vorschriften über Futtermittelzusatzstoffe dienen allgemein dazu, dass nur sichere und wirksame Erzeugnisse in der EU verkauft werden dürfen. Die Aktualisierung soll es erleichtern, nachhaltige und innovative Zusatzstoffe auf den Markt zu bringen und das Zulassungsverfahren zu optimieren. Hierdurch soll die tierische Erzeugung nachhaltiger werden und somit in Einklang mit der Farm-to-Fork-Strategie gebracht und die Verlagerung von CO₂-Emissionen durch Importe verringert werden. Rückmeldungen können im Rahmen der Konsultation bis zum 17.06.2021 eingereicht werden. Die Kommission plant, im vierten Quartal 2021 einen Vorschlag für eine Verordnung vorzulegen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Öffentliche Konsultation Aktualisierung EU-Vorschriften Futtermittelzusatzstoffe](#)

Kommission leitet Konsultation zur Liste der in der ökologischen Produktion zugelassenen Erzeugnisse und Stoffe ein

Die Kommission hat am 26.03.2021 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung im Hinblick auf die Aktualisierung der Liste über die in der ökologischen Produktion zugelassenen Stoffe und Erzeugnisse veröffentlicht.

Die EU-Vorschriften sollen dabei einen klaren Rahmen für die Produktion von ökologischen Erzeugnissen in der EU geben, damit ein fairer Markt für Verbraucher, Erzeuger, Händler und Vermarkter geschaffen werden kann. Rückmeldungen können im Rahmen der Konsultation bis zum 23.04.2021 eingereicht werden. Die Annahme der Durchführungsverordnung durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2021 geplant (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Entwurf DurchführungsVO](#)



Kommission veröffentlicht Evaluierung EU-Tierwohlstrategie

Die Kommission hat am 31.03.2021 die Evaluierung der EU-Tierwohlstrategie 2012 - 2015 veröffentlicht.

Evaluiert wurde hinsichtlich der Kriterien Wirksamkeit, Effizienz, EU-Mehrwert sowie Relevanz und Kohärenz der Maßnahmen. Hierbei wurde untersucht, inwieweit die Ziele der Strategie erreicht wurden und ob die Ziele noch heute relevant sind. Grundlage für die Evaluierung ist eine extern durchgeführte Studie. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass die in der Strategie ermittelten Probleme und deren Ursachen noch heute weiter relevant sind. Gerade Ziele wie eine angemessene Information der Verbraucher und die internationale Kooperation seien heute noch wichtiger als 2012.

Insgesamt haben die unter der Strategie erlassenen Rechtsakte zwar zu einer Verbesserung des Tierwohlbefindens in der Union geführt, es wurde allerdings keines der Ziele der Strategie vollständig erreicht. So hat die Strategie insbesondere das Ziel einer Vereinfachung des EU-Tierschutzrechts verfehlt.

Auch müssten die Synergien mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU noch weiter ausgebaut werden, indem Begünstigungen nach der GAP stärker an das Tierwohl geknüpft werden.

Die Ergebnisse der Evaluierung sollen in die Weiterentwicklung des Tierschutzrechts sowie in die weitere Entwicklung von Maßnahmen unter der Farm-to-Fork-Strategie einfließen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Vollständige Evaluierung](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung der Evaluierung](#)

[EU-Tierwohlstrategie 2012 - 2015](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Keine Altersdiskriminierung: Griechische „Arbeitskräftereserve“ verstößt nicht gegen Unionsrecht

Der EuGH hat am 15.04.2021 entschieden, dass eine zentrale beschäftigungspolitische Maßnahme zur Bewältigung der griechischen Wirtschaftskrise mit Unionsrecht vereinbar ist. In dem Vorabentscheidungsersuchen beschäftigte sich der EuGH mit der sogenannten „Arbeitskräftereserve“. Dieses Instrument hatte Griechenland im Zuge der Wirtschaftskrise geschaffen, um die öffentlichen Lohnkosten zu senken. Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors werden in die Reserve versetzt, wo sie für einen begrenzten Zeitraum nur noch ein Grundeinkommen erhalten. Bei der Auswahl der Betroffenen ziehen die griechischen Stellen auch ein Alterskriterium heran (Erfüllung von Voraussetzungen für den Eintritt in den Ruhestand mit voller Altersrente). Ein betroffener Arbeitnehmer sah sich deswegen wegen seines Alters als diskriminiert an und stellte vor griechischen Gerichten u. a. die Gültigkeit seiner Versetzung in Abrede.

Der EuGH hat nun klargestellt, dass die griechische Regelung zwar eine unmittelbar auf dem Kriterium des Alters beruhende Ungleichbehandlung darstelle. Diese Ungleichbehandlung sei aber durch ein rechtmäßiges Ziel gerechtfertigt, das mit angemessenen und erforderlichen Mitteln verfolgt werde. Das System der Arbeitskräftereserve trage zur Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus bei. Zum anderen ermögliche es die Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur von jüngeren und älteren Beamten.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

Kommission überweist weitere Milliarden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an Mitgliedstaaten

Die Kommission hat im Rahmen des Programms SURE („Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“) eine weitere Tranche ausgezahlt. Am 30.03.2021 wurden 13 Mrd. € an sechs Mitgliedstaaten (Tschechien, Belgien, Spanien, Irland, Italien, Polen und Irland) überwiesen. Mit SURE will die EU den durch den Covid-19-Ausbruch entstehenden Arbeitslosigkeitsrisiken begegnen. Die Mitgliedstaaten erhalten günstige Kredite, insbesondere für Maßnahmen im Bereich der Kurzarbeit oder damit vergleichbaren Instrumenten. Bisher sind aus dem Programm insgesamt 75,5 Mrd. € an 17 EU-Mitgliedstaaten geflossen. Für SURE nimmt die Kommission mithilfe von Garantien der EU-Staaten Kredite am Finanzmarkt auf und reicht diese weiter. Die Erfahrungen mit SURE will die Kommission für die Vorbereitung der Finanzierungsmaßnahmen unter „Next Generation EU“ nutzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum SURE-Instrument](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Coronavirus: Kommission informiert über neue Vereinbarungen mit BioNTech/Pfizer

Die Kommission hat am 14.04.2021 über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Impfstoffstrategie berichtet. Der Kommission zufolge haben die Mitgliedstaaten bereits über 126 Mio. Coronavirus-Impfdosen erhalten. Es seien rund 100 Mio. Impfungen in der EU erfolgt, davon über ein Viertel als Zweitimpfung. Damit seien mehr als 27 Mio. Europäer vollständig geimpft. Mit Blick auf das zweite Quartal 2021 stellte die Kommission eine vorgezogene Lieferung von 50 Mio. Impfdosen von Pfizer/BioNTech in Aussicht. Insgesamt erwarte die Kommission im zweiten Quartal 2021 damit 250 Mio. Impfdosen von Pfizer/BioNTech.

Die Kommission teilte zudem mit, sie habe Verhandlungen mit Pfizer/BioNTech über den Abschluss eines dritten Vertrages aufgenommen. Dieser Vertrag sehe die Lieferung von bis zu 1,8 Mrd. Impfdosen für den Zeitraum 2021 - 2023 vor. Weitere Verträge mit anderen Unternehmen könnten folgen. Dabei gehe es darum, mittelfristig den Impfstoffbedarf der EU – insbesondere im Hinblick auf Auffrischimpfungen und Virusvarianten – sicherzustellen. Dabei seien mRNA-Impfstoffe eindeutig die Technologie, die sich bewährt habe.

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Rat macht Weg für Trilog-Verhandlungen zum digitalen grünen Pass frei

Der Rat hat am 14.04.2021 eine Einigung zu den Verordnungsvorschlägen zum digitalen grünen Pass erzielt (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB). Die portugiesische Ratspräsidentschaft wurde durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter zur Aufnahme von Trilog-Verhandlungen mandatiert. Die Trilogie können beginnen, sobald auch das Europäische Parlament seine Position festgelegt hat. Dies soll im Rahmen der Plenartagung am 26.-29.04.2021 erfolgen.

Die Kommission hatte am 17.03.2021 Verordnungsvorschläge über einen digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit während der Coronavirus-Pandemie vorgelegt (EB 06/21). Die Verordnungsvorschläge legen den Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate fest, mit denen durchgeführte Coronavirus-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von einer COVID-19-Infektion bescheinigt werden. Die Mitgliedstaaten entscheiden über die Verwendung des grünen Passes. Insoweit hat der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss ein Dokument erarbeitet, in dem näher auf die unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten eingegangen wird.

[Pressemitteilung zur Entscheidung des Rates](#)

[Dokument des Gesundheitssicherheitsausschusses zu Verwendungsmöglichkeiten des digitalen grünen Pass](#)

(in englischer Sprache)



Coronavirus: Kommission schlägt Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie vor

Die Kommission hat am 12.04.2021 einen Vorschlag zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG vorgelegt. Durch den Änderungsvorschlag sollen bestimmte Güter und Dienstleistungen, die die Kommission und andere EU-Behörden den Mitgliedstaaten in Krisenzeiten bereitstellen, von der Mehrwertsteuer befreit werden. Der Legislativvorschlag wird nun dem Europäischen Parlament zur Stellungnahme und dem Rat zur Annahme vorgelegt.

Mit dem Änderungsvorschlag soll der Kommission zufolge auf Erfahrungen während der Coronavirus-Pandemie reagiert werden. Der Vorschlag soll dazu beitragen, dass EU-Mittel zur Bekämpfung von Naturkatastrophen oder Gesundheitskrisen möglichst effizient genutzt werden können. Zu den Gütern und Dienstleistungen, die unter die vorgeschlagene Regelung fallen, zählen u. a. Diagnosetests und Testmaterialien, Laborausüstung, persönliche Schutzausrüstung, Zelte, Feldbetten, Kleidung und Lebensmittel, Such- und Rettungsausrüstung, Antibiotika, Antitoxine sowie Jodtabletten.

[Pressemitteilung](#)

[Richtlinienvorschlag](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Austausch der EU-Gesundheitsminister zum Impfstoff von AstraZeneca

Am 07.04.2021 fand eine informelle Videokonferenz der Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten statt. Die portugiesische Ratspräsidentschaft hatte die Konferenz anberaumt, um den Mitgliedstaaten einen Austausch zur kurz vorher bekanntgegebenen Bewertung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) zum Coronavirus-Impfstoff von AstraZeneca zu geben. Die Ratspräsidentschaft sowie die Kommission appellierten an die Mitgliedstaaten, bei der Verwendung des Impfstoffs einen EU-weit möglichst koordinierten Ansatz zu verfolgen.

Am gleichen Tag hatte die EMA über weitere Ergebnisse der laufenden Sicherheitsüberprüfung des Impfstoffs von AstraZeneca informiert. Die EMA erklärte, das Nutzen-Risiko-Verhältnis des Impfstoffs sei weiterhin insgesamt positiv zu bewerten. Der zuständige Ausschuss der EMA („PRAC“) sei jedoch der Auffassung, das Auftreten ungewöhnlicher Blutgerinnsel müsse als eine sehr seltene Nebenwirkung des AstraZeneca-Impfstoffs eingestuft werden.

[Pressemitteilung der Ratspräsidentschaft zur Videokonferenz](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: 123 Mio. € aus Horizont Europa für Forschung bereitgestellt

Die Kommission hat am 07.04.2021 mitgeteilt, dass 123 Mio. € aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa für dringende Forschungstätigkeiten auf dem Gebiet der Coronavirus-Varianten bereitgestellt werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Die Bereitstellung der Forschungsgelder ist Teil der Strategie „HERA Inkubator: Gemeinsam die Gefahr durch COVID-19-Varianten antizipieren“, mit der der



erhöhten Bedrohung durch Coronavirus-Varianten begegnet werden soll. Die entsprechenden Aufforderungen zur Interessenbekundung werden vom 13.04.2021 - 06.05.2021 geschaltet.

Die geförderten Projekte sollen dabei folgende Ziele verfolgen:

- Bildung neuer Kohorten und/oder Nutzung bestehender umfassender, dezentraler und regionaler oder multinationaler Kohorten, die auch über Europa hinausgehen.
- Weiterentwicklung vielversprechender Behandlungs- oder Impfstoffkandidaten für COVID-19, nachdem sie in klinischen Studien bereits die präklinische Entwicklung abgeschlossen haben.
- Förderung von Forschungsinfrastrukturen, um den Datenaustausch zu beschleunigen und zügig Unterstützung und Fachwissen für die Forschung bereitzustellen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) nimmt Arbeit auf

Am 01.04.2021 hat die neu eingerichtete Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (European Health and Digital Executive Agency – „HaDEA“) ihre Arbeit aufgenommen. Die „HaDEA“, eine der Kommission nachgeordnete EU-Behörde, hat ihren Sitz in Brüssel und soll anfänglich über rund 280 Mitarbeiter verfügen. Bis 2027 soll die Mitarbeiterzahl auf über 500 ansteigen.

Die neue Exekutivagentur ist für die Verwaltung der Mittel aus mehreren EU-Förderprogrammen zuständig, insbesondere für das Gesundheitsprogramm „EU4Health“ (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB) sowie für Teile des Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“, des Binnenmarktprogramms, des Programms „Connecting Europe“ und des Programms „Digital Europe“. Insgesamt soll die „HaDEA“ in der Haushaltsperiode 2021-2027 Mittel in Höhe von rund 20 Mrd. € verwalten.

[Homepage der HaDEA](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Kommission startet öffentliche Konsultation zur neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA)

Die Kommission hat am 31.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur geplanten Einrichtung der neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (European Health Emergency Preparedness and Response Authority – „HERA“) eingeleitet. Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 12.05.2021 über einen Online-Fragebogen möglich. Die Konsultation ist Teil der vorbereitenden Arbeiten für einen Legislativvorschlag zur Einrichtung der HERA, der im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden soll. Zuvor hatte die Kommission am 27.01.2021 eine Folgenabschätzung zu der Initiative vorgelegt (EB 02/21).

Aufgabe der HERA soll die angemessene Vorbereitung und Reaktion gegenüber schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren sein – einschließlich biologischer, chemischer und nuklearer



Bedrohungen. Die Zuständigkeiten der Behörde sollen folgende Bereiche umfassen: Früherkennung und Wissensaufbau; Förderung der Erforschung und Entwicklung geeigneter Gegenmaßnahmen; Sicherstellung flexibler und skalierbarer Produktionskapazitäten in der EU; Beschaffungswesen, Bevorratung, Lagerung und Verteilungslogistik sowie Ausbildung.

[Konsultationsseite](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Weiterführende Informationen](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Spitzenpolitiker sprechen sich für globales Pandemieübereinkommen aus

Der Präsident des Europäischen Rates, *Charles Michel*, der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), *Tedros Adhanom Ghebreyesus*, sowie zahlreiche Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, haben sich am 30.03.2021 in einer gemeinsamen Presseerklärung für den Abschluss eines internationalen Übereinkommens zur Vorbereitung und Reaktion auf zukünftige Pandemien ausgesprochen.

Das im Rahmen der WHO zu schließende Übereinkommen soll Ziele und Grundprinzipien der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung zukünftiger Pandemien festlegen. Zu den Schwerpunktbereichen eines solchen Übereinkommens könnten eine intensiviertere Kooperation bei der Prävention und Früherkennung von Pandemien sowie die koordinierte Erforschung, Entwicklung und Bereitstellung von medizinischen Gegenmaßnahmen (insbesondere Impfstoffen, Diagnostika, Therapeutika und Schutzausrüstung) gehören.

[Gemeinsame Erklärung](#) (in englischer Sprache)

[Pressestatement des Präsidenten des Europäischen Rates](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung

Die Kommission hat am 30.03.2021 einen Fahrplan zur Evaluierung und Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung vorgelegt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Zu den Zielen der Reforminitiative gehören u. a. die Förderung von Innovation und Arzneimittelentwicklung, insbesondere in Bereichen bisher ungedeckten medizinischen Bedarfs, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Beseitigung von Ungleichheiten beim Zugang zu Arzneimitteln, Bürokratieabbau, sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen. Im nächsten Schritt ist noch im ersten Halbjahr 2021 die Einleitung einer öffentlichen Konsultation geplant. Die Vorlage von Legislativvorschlägen zur Revision der EU-Arzneimittelgesetzgebung ist für das vierte Quartal 2022 angekündigt.

Die Initiative dient der Umsetzung der am 25.11.2020 vorgestellten EU-Arzneimittelstrategie (EB 10/20). Mit der Arzneimittelstrategie werden vier Hauptziele verfolgt: 1) Verbesserung der Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Arzneimitteln; 2) Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Nachhaltigkeit der



europäischen Arzneimittelindustrie; 3) Verbesserung der Krisenvorsorge und -reaktion sowie 4) Gewährleistung einer starken Rolle der EU auf globaler Ebene durch Förderung von Qualitäts-, Wirksamkeits- und Sicherheitsstandards.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

[Weiterführende Informationen zur EU-Arzneimittelstrategie](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Revision der Richtlinie über Verbrauchssteuern auf Tabakwaren

Die Kommission hat am 30.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur Revision der Richtlinie 2011/64/EU über die Struktur und die Sätze der Verbrauchssteuern auf Tabakwaren gestartet. Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 22.06.2021 über einen Online-Fragebogen möglich. Die Konsultation ist Teil der vorbereitenden Arbeiten für einen Legislativvorschlag zur Überarbeitung der geltenden Vorschriften, der im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden soll. Die Überarbeitung der Richtlinie soll das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und gleichzeitig ein hohes Gesundheitsschutzniveau gewährleisten. U. a. soll die Richtlinie an aktuelle Entwicklungen und den Markteintritt neuer Produkte – etwa E-Zigaretten und erhitzten Tabak – angepasst werden.

Der Kommission zufolge trägt die Initiative zur Umsetzung des europäischen Krebsbekämpfungsplans bei, da die Tabakbesteuerung eine entscheidende Rolle bei der Verringerung des Tabakkonsums spielen. Der am 03.02.2021 veröffentlichte europäische Krebsbekämpfungsplan (EB 03/2021) ist in vier Hauptaktionsbereiche gegliedert: Krebsprävention, Verbesserung der Früherkennung von Krebs, Gewährleistung hoher Standards bei der Versorgung von Krebskranken sowie Verbesserung der Lebensqualität von Krebspatienten, Krebsüberlebenden und Pflegepersonen. In diesen Hauptaktionsbereichen werden zahlreiche Maßnahmen angekündigt, die über die nächsten Jahre umgesetzt werden sollen, darunter Reformen der EU-Gesetzgebung zu Lebens- und Genussmitteln wie Tabakprodukten und Alkohol.

[Konsultationsseite](#)

[Weiterführende Informationen](#)

Gesetzgebungsverfahren zum Programm „EU4Health“ ist abgeschlossen

Am 26.03.2021 ist die Programmverordnung zu „EU4Health“, dem neuen Gesundheitsprogramm im mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 - 2027, mit ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft getreten. Zuvor hatten das Europäische Parlament am 09.03.2021 und der Rat am 17.03.2021 der Verordnung zugestimmt. Im nächsten Schritt wird die Kommission nach Konsultation der Mitgliedstaaten in der EU4Health-Lenkungsgruppe das erste Arbeitsprogramm für 2021 annehmen. Zuständig für die Umsetzung des Programms ist die neue Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales, die zum 01.04.2021 ihre Arbeit aufgenommen hat (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 07/2021 vom 16.04.2021



Die Programmverordnung zu „EU4Health“ regelt die Ziele des Programms, die Mittelausstattung und die Finanzierungsbestimmungen. Zu den spezifischen Programmzielen gehört die Unterstützung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention, zur Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion der EU, die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arzneimittelversorgung, die Förderung der Einführung digitaler Gesundheitsdienste und die Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung. Die Mittelausstattung von „EU4Health“ für den Zeitraum 2021 - 2027 beträgt rund 5,1 Mrd. €.

[Verordnungstext im EU-Amtsblatt](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum Programm](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Binnenmarktausschuss fordert einheitlichen Rechtsrahmen für KI

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments (EP) nahm am 14.04.2021 einen Initiativbericht zum Abbau von Hindernissen für den digitalen Binnenmarkt und zur verbesserten Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) für europäische Verbraucher an. Darin fordern die Abgeordneten die Kommission auf, sich mit den Herausforderungen des digitalen Wandels zu befassen und sich auf KI als Technologie zu konzentrieren, die den europäischen öffentlichen und privaten Sektor befähigen und unterstützen kann, Veränderungen zu bewältigen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz betonte Berichterstatterin *Deirdre Clune* (EPP/IRL), dass vor allem klare, EU-weit einheitliche Regeln entscheidend seien, die Investitionen und Innovationen fördern. *Axel Voss* (EVP/DEU), Berichterstatter des bereits im Oktober 2020 vom Plenum angenommenen [Initiativberichts des EP zur zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz von KI](#), betonte ebenfalls die entscheidende Wichtigkeit einheitlicher europäischer Regeln. *Ibán García del Blanco* (S&D/ESP), Berichterstatter des ebenfalls im Oktober 2020 angenommenen [Initiativberichts zu ethischen Aspekten von KI](#), betonte, KI werde unser Zusammenleben und unsere Arbeitswelt verändern. Deswegen müsse man vorsichtig sein und darauf achten, dass sie nicht lediglich privatem Gewinnstreben diene.

[Pressemitteilung des EP](#) mit weiterführenden Links (in englischer Sprache)